

E I N W O H N E R R A T

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
www.horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**
Sitzungsdatum **18. Januar 2007, 16.00 - 19.30 Uhr**
Sitzungsort **Pfarrzentrum Horw**
Vorsitz **Alwin Larcher**

Kontakt Sandra Waltert
Telefon 041 349 12 55
Telefax 041 349 14 81
E-Mail s.waltert@horw.ch

P R O T O K O L L N R . 2 9 0

Anwesend **30** Einwohnerratsmitglieder Entschuldigt -
 5 Gemeinderatsmitglieder
 1 Gemeindegemeinschafter

Traktandenliste

- | | |
|--|----------|
| 1. Vereidigung eines neuen Ratsmitgliedes | Seite 2 |
| 2. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Bürgerrechtsdelegation | Seite 4 |
| 3. Ersatzwahl von drei Urnenbüromitgliedern | Seite 5 |
| 4. Wahl einer vorberatenden Kommission Gemeindeordnung, bestehend aus 5 Mitgliedern | Seite 5 |
| 5. Bauabrechnung Ortskerngestaltung | Seite 6 |
| 6. Dringliches Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP: Räumlichkeiten für das Gemeindegemeinschaftsarchiv | Seite 11 |
| 7. Postulat Beatrice Buholzer, FDP, u. MU: Randstein - Velowege | Seite 14 |
| 8. Interpellation Robert Odermatt, SVP: Durchleitungsrechte für Garderobengebäude Sportplatz | Seite 15 |
| 9. Pause, anschliessend Fragestunde | Seite 18 |
| 10. Interpellation Thomas Zemp, CVP: Leitbild der Gemeinde Horw | Seite 18 |

Sprecher/in

1. Vereidigung eines neuen Ratsmitgliedes

Der Ratspräsident begrüsst die Anwesenden und stellt Beschlussfähigkeit fest. Entschuldigungen habe er keine erhalten. Nun komme er zu einer Verabschiedung. Frau Pia Christen ein langjähriges Mitglied des Einwohnerrates habe ein Gesuch eingereicht, dass sie per Ende 2006 von ihrem Amt entlastet werden möchte. Dem sei entsprochen worden. Frau Christen war ausser ihrer Ratstätigkeit von Anfang an ein Mitglied der Bürgerrechtsdelegation, sei vorher auch in der Einbürgerungskommission gewesen. Sie habe während ihrer Tätigkeit das eine oder andere Mandat übernommen. Sie habe sich beispielsweise sehr für sichere Schulwege und generell für die Belange von Familien eingesetzt. Er danke ihr im Namen des Rates für ihre langjährige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit. Als Nachfolger für Frau Christen habe der Gemeinderat bereits Herr Janez Stare gewählt. Herrn Janez Stare sei das jüngste Mitglied, Bürger von Horw und wohne selbstverständlich auch in Horw.

Alwin Larcher (SVP)

Er möchte nun Herrn Janez Stare vereidigen. Er bittet Herrn Stare, hervorzutreten und die anderen im Saale, sich zu erheben. Er lese jetzt die Eid-Formel vor und er gebe am Schluss Antwort darauf: "Sie schwören, die Rechte und Freiheiten des Volkes und der Bürger zu achten, die Verfassung und die verfassungsmässigen Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen."

Alwin Larcher (SVP)

"Das alles schwöre ich, so wahr mir Gott helfe."

Janez Stare (CVP)

Er gratuliere Herrn Stare zur Wahl. Er sei jetzt ein Ratsmitglied mit allen Rechten und Pflichten. Es habe einen Grund, dass Herr Stare am Anfang vereidigt wurde, er könne jetzt bereits abstimmen. Er wünsche ihm in seiner Tätigkeit viel Erfolg und Befriedigung.

Alwin Larcher (SVP)

Mitteilungen

Er habe seit der letzten Sitzung eine Repräsentation wahrgenommen.

Alwin Larcher (SVP)

01. Januar 2007: Verleihung Kulturbatzen

An der Inthronisationsfeier des Eglivaters Hansueli Burri konnte er ferienhalber nicht teilnehmen. Seit der letzten Sitzung habe er 41 Gratulationen versandt.

Rechtskraft

Seit der letzten Sitzung sei der B + A Nr. 1331, Budget der Einwohnergemeinde 2007, in Rechtskraft erwachsen.

Alwin Larcher (SVP)

Neueingänge

30. Dezember 2006: Dringliches Postulat Nr. 583/2006, Hans-Ruedi Jung, CVP: Räumlichkeiten für das Gemeindearchiv

Alwin Larcher (SVP)

Protokoll

An der letzten Sitzung habe man noch Zeit verlangt, um das Protokoll Nr. 288 der Sitzung vom 19. Oktober 2006 durchzulesen und sich eine Meinung zu bilden. Er habe keine Einwände gegen das Protokoll Nr. 288 erhalten. Demzufolge sei es genehmigt. Zum Protokoll Nr. 289 der Sitzung vom 16. November 2006 habe er zwei Einsprachen von Herrn Hans-Ruedi Jung erhalten. Er habe diese kontrolliert und sei der Meinung, dass diese gerechtfertigt seien. Der Rat müsse aber über die Ergänzung des Protokolls beschliessen.

Alwin Larcher (SVP)

Es gebe eine Änderung beim Reglement Friedhof- und Bestattungswesen auf Seite 13: Das Resultat der Abstimmung, über den Verzicht auf die 2. Lesung sei als letzter Abschnitt des Traktandum 1 in das Protokoll aufzunehmen. Begründung: Dem Verzicht wurde damals einstimmig zugestimmt. Das Resultat sei der guten Ordnung halber dennoch in das Protokoll aufzunehmen. Abstimmungsergebnisse gehören zu den Essentialien eines Ratsprotokolls.

Er schlage folgende Ergänzung des Protokolls auf Seite 13 vor. Er bitte den Einsprecher anschliessend zu sagen, ob er mit der Ergänzung einverstanden sei. Am Schluss von Seite 13 komme das übliche Feld "Abstimmung" mit folgendem Text: "Auf eine 2. Lesung der Änderung des Reglementes über das Friedhof- und Bestattungswesen wird einstimmig verzichtet".

Damit sei er einverstanden.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Nun müsse man darüber beschliessen, ob der Zusatz als Ergänzung in das Protokoll aufgenommen werden soll. Dieser Zusatz wird vom Rat einstimmig angenommen.

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Die Ergänzung im Protokoll Nr. 289 auf Seite 13 aufnehmen.	30 Stimmen
Die Ergänzung im Protokoll Nr. 289 auf Seite 13 nicht aufnehmen.	0 Stimmen

Die zweite Bemerkung betreffe Traktandum 9, Mergelgrube Grisigen, auf Seite 54. Drei Ratsmitglieder seien bei diesem Geschäft in den Ausstand getreten. Es sei richtig, wenn diese im Protokoll namentlich erwähnt werden. Es handle sich dabei um die Kollegin Silvia Simoes, Kollege Hans-Ruedi Jung und Kollegin Gabi Rölli. Werde diese Feststellung soweit akzeptiert? Seien noch andere dabei gewesen oder sei jemand von diesen dreien nicht gewesen? Auf Seite 54 müsste man in diesem Fall folgenden Zusatz und zwar gleich zu Beginn ergänzen: "Die Personen, welche jetzt den Saal verlassen treten in den Ausstand, weil sie in irgendeiner Art und Weise befangen seien". Jetzt komme der Zusatz: "Es handle sich um Frau Silvia Simoes, Frau Gabi Rölli und Herrn Hans-Ruedi Jung."

Abstimmung:

Diesen Zusatz im Protokoll Nr. 289 auf Seite 54 ergänzen.	30 Stimmen
Diesen Zusatz im Protokoll Nr. 289 auf Seite 54 nicht ergänzen.	0 Stimmen

Er bedankt sich bei den Ratsmitgliedern. Somit seien die beiden Protokolle genehmigt.

Sie habe per Mail mitgeteilt, dass ein Fehler bei der Sitzungszeit vorhanden sei. Die Sitzung dauerte nicht von 16.00 bis 22.15 Uhr sondern die Sitzung habe um 14.00 Uhr begonnen.

Brigitte Germann-
Arnold (L20)

Dies sei richtig und er habe dies der Gemeindeverwaltung sofort gemeldet. Er bitte nun Hans-Ruedi Jung die Dringlichkeit seines Postulates zu begründen.

Alwin Larcher (SVP)

Man konnte dem Postulat entnehmen, dies sei sein aktuell letzter Wissensstand, dass der Gemeinderat die Absicht habe, das Gemeindearchiv im Schulhaus Allmend ins ALST Kastanienbaum, das heisse, in die Anlagen der Luftschutztruppen, zu verlegen. Er habe begründet, weshalb er gegen eine solche Verlegung sei. Er müsse aber auch sagen, dass er weit davon entfernt sei, dem Gemeinderat zu sagen, wohin das Gemeindearchiv verlegt werden soll. Er sei aber der Überzeugung, dass die ALST als Arbeitsplatz für einen Gemeindearchivar nicht geeignet sei. Die Dringlichkeit ergebe sich daraus, dass das Gemeindearchiv relativ rasch dorthin verlegt hätte werden müssen. Er möchte, dass das Archiv nicht dorthin verlegt werde. Er sei allerdings der Meinung, dass es eine rasche Lösung im Schulhaus Allmend brauche, denn die Räumlichkeiten seien offenbar sehr knapp bemessen. Er begründe deshalb die Dringlichkeit auch damit, dass man das Problem der Raumknappheit einer schnellen Lösung zuführe, allerdings nicht damit, dass das Gemeindearchiv ins ALST verlegt werde. Über die Details werde er sich bei der Begründung des Postulates äussern. Er bitte, das Postulat als dringlich zu behandeln, weil eine Verlegung ins ALST effektiv im Raume gestanden sei.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Es gehe um die Dringlichkeit.

Alwin Larcher (SVP)

Der Gemeinderat bestreite die Dringlichkeit nicht.

Markus Hool (FDP)

Werde dieser Dringlichkeit in irgendeiner Art und Weise opponiert? Dies sei nicht der Fall. Das Postulat werde neu als Traktandum 7 eingesetzt.

Alwin Larcher (SVP)

2. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Bürgerrechtsdelegation

Anstelle der ausgetretenen Pia Christen werde ein Ersatzmitglied gewählt. Er bitte um Nominationen.

Alwin Larcher (SVP)

Die CVP-Fraktion schlage als Mitglied der Bürgerrechtsdelegation Frau Astrid Sprenger vor.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Es scheinen keine weiteren Nominationen vorhanden zu sein. Er bitte die Ratsweibelin die Wahlzettel zu verteilen.

Alwin Larcher (SVP)

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

- Ausgeteilte Wahlzettel	30
- Eingegangene Wahlzettel	30
- Ungültige Wahlzettel	0
- Leere Wahlzettel	1
- Gültige Wahlzettel	29
- Absolutes Mehr	15

Sie stehe in ihrer Funktion als Bürgerrechtsdelegations-Präsidentin auf und erledige gleich zwei Sachen auf einen Schlag. Zuerst möchte sie offiziell, auch im Namen der BüDe, die Verabschiedung von Pia Christen vornehmen und Frau Sprenger erst im Anschluss herzlich willkommen heissen. Für sie sei Frau Christen sehr überraschend aus dem Rat ausgeschieden. Sie habe in der BüDe keine Gelegenheit mehr gehabt Frau Christen zu verabschieden, deshalb verlege sie es hierher. Sie persönlich werde

Esther Jost (L2O)

Frau Christen in 4-facher Hinsicht vermissen, nämlich als BüDe-Mitglied mit langjähriger Erfahrung und mit einer sehr hohen Sozialkompetenz im Umgang mit den Einbürgerungswilligen. Sie werde sie als Frau in diesem Rate vermissen. Mit ihrer Stimme habe sie manchmal mutige, eigenwillige Sachen eingebracht und vielen Frauen alle Ehre erwiesen. Sie vermisse sie als Einwohnerrätin, welche ihr Herz auf dem rechten Fleck gehabt habe und sehr spontan agieren konnte und nicht zuletzt vermisse sie sie als Mensch mit einer ethisch, moralisch klaren Grundhaltung. Sie denke, dass Frau Christen in der Bürgerrechtsdelegation, wie in diesem Rate eine grosse Lücke hinterlassen werde. Nun möchte sie Frau Astrid Sprenger in der Bürgerrechtsdelegation begrüßen. Sie freue sich sehr, dass es ebenfalls eine Frau sei, die sehr viel Ratserfahrung habe, welche umsichtig im Rat mitarbeite und es sei sicherlich eine wertvolle Bereicherung sie in der Bürgerrechtsdelegation zu haben. Die Arbeit in der Bürgerrechtsdelegation gehe sehr schnell voran. Am nächsten Montag sei bereits Sitzung. Sie habe ihr einen Begrüssungsordner mitgebracht. Darin seien wichtige Sachen enthalten, die ihr beim Einstieg helfen können. Es seien Unterlagen die sie benötige, um an den Sitzungen teilnehmen zu können. Ebenfalls sei eine Einladung für einen Workshop mit dabei, welcher ebenfalls bald stattfinde.

3. Ersatzwahl von drei Urnenbüromitgliedern

Anstelle von Herrn Isenegger, Herrn Emmel und Herrn Stalder schlage der Gemeinderat Frau Margrit Arnold, CVP, Roland Meier, SVP, und Ester Suppiger, SVP, vor. Gebe es dazu Bemerkungen? Wenn dies nicht der Fall sei, bitte er die Ratsweibelin, die Wahlzettel zu verteilen.

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

Margrit Arnold	30
Roland Meier	30
Ester Suppiger	30

Da es sämtliche Stimmen der Räte seien, habe er auf die Details verzichten können.

4. Wahl einer vorberatenden Kommission Gemeindeordnung, bestehend aus 5 Mitgliedern

Bereits vorgängig habe es parteiinterne Absprachen über die Zusammensetzung gegeben. Er bitte um Nominationen.

Die CVP-Fraktion schlage Hans-Ruedi Jung und Heiri Niederberger vor.

Die FDP-Fraktion schlage Heinz Sigrist als Mitglied und als Präsidenten vor.

Die L2O-Fraktion schlage Konrad Durrer als Mitglied vor.

Die SVP-Fraktion schlage Alwin Larcher als Mitglied vor.

Alwin Larcher (SVP)

Alwin Larcher (SVP)

Astrid Sprenger-Kaufmann (CVP)

Irene Zingg-Vetter (FDP)

Jörg Stalder (L2O)

Robert Odermatt (SVP)

Wie er bereits erwähnt habe, habe man bereits vorgängig miteinander gesprochen. Er möchte nun die Ratsweibelin bitten, die vorgedruckten Wahlzettel zu verteilen.

Alwin Larcher (SVP)

Das Ergebnis der Wahl lautet wie folgt:

- Ausgeteilte Wahlzettel	30
- Eingegangene Wahlzettel	30
- Ungültige Wahlzettel	0
- Leere Wahlzettel	0
- Gültige Wahlzettel	30
- Absolutes Mehr	16

Mitglieder:

Hans-Ruedi Jung	30
Heiri Niederberger	30
Heinz Sigrist	30
Konrad Durrer	29
Alwin Larcher	27
Diverse	1

Präsident:

Heinz Sigrist	27
Diverse	3

5. Bauabrechnung Ortskerngestaltung

Zu Händen des Protokolls: In den Ausstand trete Herr Beat Imboden.

Alwin Larcher (SVP)

Mit dem B + A Nr. 1048 sei am 5. April 2000 vom Einwohnerrat die Ortskerngestaltung und -änderung des Zonenplanes im Gebiet Zentrum beschlossen worden. Der Beschluss habe sich damals aus mehreren Punkten zusammengesetzt. Im Einzelnen: 1. Man habe den Gemeinderat dazu ermächtigt, verschiedene Verträge zur Realisierung der Ortskernplanung im Sinne des B + A abzuschliessen. 2. Man habe dem Erwerb von 54 Einstellhallenplätzen im Ortskern Ost sowie für einen fertig gestalteten neuen Dorfplatz an der Kantonsstrasse im Preis von 1,755 Mio. Franken zugestimmt. 3. Es sei ein Baukredit zur Erstellung des Gemeindehausplatzes mit darunterliegender Einstellhalle und einer neuen Brücke über den Dorfbach und einer Neugestaltung der Umgebung von 4,516 Mio. Franken bewilligt worden. 4. Man habe auch die Zonenplanänderung im Gebiet Zentrum in erster Lesung behandelt. Die Stimmberechtigten haben diesem Beschluss am 23. September 2001 an der Urne mit 54 % Stimmen bestätigt. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass es sich dabei um ein komplexes Bauvorhaben handle. Dies habe sich insbesondere bereits in der Phase der Planung gezeigt, als es darum ging, eine Vertragsgrundlage mit den verschiedenen beteiligten Partnern auszuhandeln. Für die Ausführungen sei dann mit der Schmid & Partner Generalunternehmung AG ein Totalunternehmer beauftragt worden. Er denke, rückblickend sei dies ein guter und richtiger Entscheid gewesen. Mit der Realisierung des Ortskerns habe man nach jahrelanger Planung und Verhandlungen ein grosses und wichtiges Bauwerk für Horw erstellen können. An dieser Stelle einen Dank an alle Beteiligten. Mit dem B + A Nr. 1333 lege der Gemeinderat die Bauabrechnung vor. Die GPK habe die Bauabrechnung anlässlich einer Sitzung geprüft und zusammen mit der Gemeinderätin Manuela Bernasconi und Kurt Vogel vom Bauamt besprochen. Zusammengefasst komme man zu fol-

Thomas Zemp (CVP)

genden Feststellungen: Die abgerechneten Kosten betragen mit 6,7 Mio. Franken knapp 620'000 Franken mehr als man damals bewilligt habe. Dies sei unter Berücksichtigung einer Kreditminderung durch den Mindererwerb von 5 Einstellhallenplätzen auf der Ostseite (er komme später darauf zurück) entstanden. Die Mehrkosten begründen sich mit gebundenen Ausgaben von 73'000 Franken, mit zusätzlich durch den Gemeinderat bewilligten und erteilten Aufträgen von 378'000 Franken und mit einer geringen Teuerung von 12'000 Franken. Es verbleibe eine Kostenüberschreitung von 157'000 Franken. Die gebundenen Ausgaben und die Gemeinderatskredite seien in der Bauabrechnung aufgeführt und begründet. In einzelnen Punkten, wie beispielsweise beim Lifteinbau bei der Einstellhalle West oder die Mehraufwendungen für den Spielplatz, könne man nicht mehr genau nachvollziehen, wie die Kosten im damaligen Kredit enthalten gewesen seien. Dies liege aus ihrer Sicht primär daran, dass im damaligen B + A Nr. 1048 nicht in allen Punkten ein detaillierter Leistungsumfang beschrieben gewesen sei. Beispielsweise sei der Lift "Einstellhalle West" nirgends speziell erwähnt gewesen, auf den Plänen aber sehr wohl eingezeichnet. Offenbar sei er auch in den Abstimmungsunterlagen eingezeichnet gewesen. Dies werfe im Nachhinein Fragen auf. Er denke, bei künftigen Kreditvorlagen werde man vermehrt darauf achten, dass die Leistungen qualitativ und quantitativ klar umschrieben werden. Eine Ausnahme diesbezüglich bilde der Erwerb der Einstellhallenplätze auf der Ostseite. Im damaligen B + A sei klar festgelegt, dass 54 Einstellhallenplätze zum Festpreis 1,755 Mio. Franken erworben werden. Die GPK habe bei der Prüfung der Bauabrechnung festgestellt, dass lediglich 49 Parkplätze zum Preis von 1,715 Mio. Franken gekauft wurden. Aus Sicht der GPK sei dies klar eine Minderleistung, welche in der Bauabrechnung auch ausgewiesen werden muss. Man habe deshalb den Zusatzbericht 1 verlangt, welcher auf den Tischen liege. Darin werde die Minderleistung in Form einer Kreditminderung berücksichtigt und die Abweichung wird entsprechend begründet. Es sei aus Sicht der GPK bedauerlich, dass der Gemeinderat nicht von sich aus auf diesen Punkt hingewiesen habe. Erst auf Anfrage, während der Sitzung, habe man bestätigt, dass man ca. 2 Plätze weniger erworben habe, weil offenbar gar nicht so viele Plätze realisiert werden konnten. Die genaue Abklärung habe ergeben, dass tatsächlich 5 Plätze weniger realisiert respektive gekauft worden seien. Dies sei auf Antrag der LUPK passiert, nämlich im Sinne eines Entgegenkommens. Die LUPK habe damals vom Gemeinderat eine Kostenbeteiligung von fast 0,5 Mio. Franken, von angeblichen Mehrkosten, gefordert. Dies entgegen der vertraglichen Grundlage. Interessant sei, dass die LUPK kürzlich mit überhöhten Mietpreisen im Zusammenhang mit der Zumietung von Räumlichkeiten für die Verwaltung im Ortskern sei. Es stelle sich langsam die Frage, wieso der Gemeinderat der LUPK wiederholt mehr bezahle, als unbedingt nötig sei. Dies müsse man jedoch nicht im Rahmen dieses B + A klären. Ableitend aus diesem Vorfall erwarte man, dass inskünftig in den Bauabrechnungen immer Punkte über die qualitativen und quantitativen Minderleistungen enthalten seien. Man soll Minderleistungen entsprechend aufführen und begründen. Falls es keine solchen Minderleistungen gegeben habe, dann soll man dies ebenfalls festhalten, denn dann könne man den Gemeinderat darauf behaften. Im Weiteren habe man die Bauabrechnung als korrekt befunden und keine weiteren Anträge oder Einwände gehabt. Die Verbuchungsnachweise seien erbracht worden und soweit korrekt. Der genaue Vergleich mit der Investitionsrechnung 2005 zeige, dass damals unter dem Konto 790.00.581.00 auch Einnahmen in Höhe von 48'167.70 Franken verbucht worden seien. Dieser Betrag erscheine nicht in der Bauabrechnung, weil es sich dabei um eine Auflösung einer Rückstellung aus dem Planungskredit handle. Die GPK danke dem Gemeinderat und den beteiligten Personen für den Einsatz und sei einstimmig für Eintreten und anschliessende Genehmigung der Bauabrechnung mit dem Zusatzbericht 1.

Die BVK habe den B + A Nr. 1333, Bauabrechnung Ortskerngestaltung inklusive Zusatzbericht 1, beraten. Die Bauarbeiten seien termingerecht realisiert worden. Das Bauwerk entspreche den damaligen Planungen und Verträgen der LUPK. Der Gemeinderat habe im Verlauf der Bauarbeiten Zusatzkredite in der Höhe von 378'000 Franken

Jan Holecek (CVP)

beschlossen. Die detaillierten Zusatzkredite im B + A seien richtig. Die Reduktion der Plätze in der Autoeinstellhalle seien auf eine baulich bedingte Änderung zurückzuführen. So wurde dies vom Gemeinderat begründet. Durch die Reduktion der Plätze, komme es in der Abrechnung zu Mehrkosten von 156'820 Franken, welche vertretbar seien. Die Reduktion der Plätze seien klar Minderleistungen. Die Kommission erachtet die sogenannten gebundenen Aufgaben für den Bachausbau und das Versetzen der Spielgeräte als vorhersehbar. Somit sei hinter die gebundenen Ausgaben ein Fragezeichen zu setzen. Unter Diverses habe man noch zu erwähnen, dass, wenn Festaktivitäten auf dem neuen Gemeindehausplatz stattfinden, keine öffentlichen WCs vorhanden seien, wenn das Gemeindehaus geschlossen sei. Dafür müsse man in Zukunft eine Lösung erarbeiten. Die BVK danke allen Beteiligten für das gelungene Werk und sei einstimmig für Eintreten.

Die CVP-Fraktion habe den B + A Nr. 1333 geprüft und sei zum Entschluss gekommen, dass man auf das heutige Resultat stolz sein dürfe. Denn nicht jede Gemeinde habe einen solch schönen Dorfkern wie Horw. Die anfangs befürchteten Schwierigkeiten, dass Horwer lieber im neuen Pilatusmarkt einkaufen würden, haben sich nicht bewahrheitet. Es sei sogar besser gekommen, als die grössten Optimisten gedacht hätten und dass noch mehr Leute nach Horw kämen, um einzukaufen. Der Standort Horw sei somit attraktiver geworden als er früher war. Man könne sagen, dass das Dorf nach den Bauarbeiten aus dem "Dornröschenschlaf" erwacht und voll aufgeblüht sei. Die Zusatzkredite, welche der Gemeinderat gesprochen habe, seien im Grossen und Ganzen berechtigt. Besonders möchte man den Zugang "Marktplatz" ab Kreisel Bahnhof erwähnen. Dafür seien die 50'000 Franken sehr gut investiert worden. Die CVP-Fraktion habe trotzdem eine kritische Bemerkung anzubringen. Es gehe um die gebundenen Ausgaben, die nicht so gebunden vorkommen. Besonders die zweiten gebundenen Ausgaben mit der Umplatzierung der Spielgeräte. Diese seien ihrer Ansicht nach keine gebundenen Ausgaben. Der Begriff für gebundene Ausgaben sei dann gerechtfertigt, wenn gesetzliche Richtlinien erfüllt werden müssen und diese sich während der Bauphase verändert hätten. Die Mehrkosten, welche für die Umplatzierung der Spielgeräte erfolgt seien, müssten ihrer Ansicht nach als Gemeinderatskredit oder als Mehrkosten ausgewiesen werden. Man müsse aber auch sagen, dass für einen solch komplexen Bau der Kostenrahmen gut eingehalten worden sei. Was den Zusatzbericht 1 betreffe, schliesse sich die CVP-Fraktion der Meinung der GPK an. Die CVP-Fraktion möchte allen Beteiligten grossen Dank für die vollbrachte Arbeit aussprechen und sei für Eintreten.

Reto Deschwenden
(CVP)

Die FDP-Fraktion sei ebenfalls für Eintreten auf den vorliegenden B + A, insbesondere wenn man den Zusatzbericht 1 berücksichtige. Argumentationen seiner Vorredner möchte er nicht wiederholen. Er möchte aber zwei Sachen unterstreichen. Es betreffe ebenfalls die gebundenen Ausgaben. Dazu mache man die gleichen Fragezeichen wie die Vorredner. Ein WC hätte berücksichtigt werden können, damit man die umliegenden Restaurants bei öffentlichen Anlässen nicht belaste. Konstruktiv sei von ihrer Seite her noch festzustellen, dass die Veloparkplätze designmässig höchst interessant aussehen, in ihrer Funktionalität aber sehr zu wünschen übrig lassen, weil diese als Veloständer schlecht zu verwenden seien. Dies müsste man vielleicht nochmals kritisch hinterfragen oder evtl. im Nachhinein abändern.

Roger Jenni (FDP)

Wir haben den Bericht und Antrag 1333 studiert und stützen uns auf die uns abgegebenen Auskünfte und Unterlagen. Da es sich beim vorliegenden Projekt mehrheitlich um einen Totalunternehmerauftrag handelt, sind die Kostenabweichung tendenziell klein, oder resultieren aus zusätzlich bewilligten Krediten. Das jedoch die Bestellung von 54 PP. Kostenneutral auf 49. PP verändert wurde hat schon ein gewisses Erklärungspotenzial. Hier warten wir gespannt auf die Erklärungen des Gemeinderates. Die verschiedenen durch den Gemeinderat gesprochenen Zusatzkredite sind durchwegs sinnvolle Investitionen, zum Teil auch nur Anteile an von allen Anstössern im Bereich des Ortskerns getätigten Investitionen. Hier zeigt sich aber auch ein Schwachpunkt der Orts-

Jörg Stalder (LZO)

kernplanung: Viele der hier erwähnten Zusatzkredite sind durch notwendige Anpassungsarbeiten an den Rändern des Ausführungssperimeter zustande gekommen. Durch ein ehrliches auch über den Planungssperimeter hinausschauen wären nicht so viele Zusatzkredite notwendig gewesen und die Zusatzarbeiten hätten zu vermutlich besseren Konditionen vergeben werden können. Die Ortskerngestaltung hat einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklungsgeschichte des Dorfes Horw gelegt. Zu den Geschäftszeiten halten sich hier meistens viele Personen auf- Dies sind jedoch nicht nur neue Personen sondern die Stammkundschaft von der nördlichen Kantonsstrasse hat dich hierher verlagert.

Eine Abschluss der Arbeiten heisst noch nicht, dass das Projekt nicht noch Optimierungsbedarf hat. Zum Beispiel ein WC am Dorfplatz, oder auch die Lösung des Problems der Lichtverschmutzung durch die Unterglasleuchten in der Einstellhallendecke, fehlende Durchgrünung der Anlage. Der im Vorfeld der Ortskernabstimmung versprochene unangetastete Spielplatz wurde massiv umgestaltet und hat nicht mehr die gleiche Qualität wie vorher. Für eine Gestaltung der Grünfläche zwischen LUPK- Migrosgebäude und Platz Oberstufenschulhaus/ Horwerhalle wurde in Parkplätze investiert. Eine Parkartige Gestaltung wäre für den investierten Betrag auch möglich gewesen. Dies hätte einem grösseren Teil der Bevölkerung gedient, als die zusätzlichen PP neben der halbleeren Einstellhalle. Leider wurde auch das Postmätteli zum Parkiermätteli umfunktioniert. Verschiedene Teilnehmer an einer Veranstaltung, über welche wir zum Abschluss der heutigen Sitzung noch debattieren werden, klagten über mangelnde Grünflächen im Zentrum. Nachdem nun einseitig die Zahl der Parkplätze gesteigert wurde soll nun auch dem Grünraum zur ihm zustehenden Gewicht verholfen werden. Wir danken allen Beteiligten für die Ausführung der Bauten und sind für Eintreten.

Die SVP-Fraktion stellt fest, dass eine grössere Kostenüberschreitung vermieden werden konnte. Allerdings werden die Arbeiten heute grösstenteils günstiger vergeben. Somit könne eine Teuerung und kleine Ergänzungsarbeiten im Kostenvoranschlag aufgefangen werden. Trotzdem werden immer wieder grössere Mehrinvestitionen, die anfänglich gar nicht geplant waren und im Kostenvoranschlag auch nicht enthalten sind, getätigt. Störend sei vor allem, dass zusätzliche Investitionen einfach über den Gemeinderatskredit abgebucht und somit nicht als Mehrkosten deklariert werden. Der architektonische Baustil, der neuen Gebäude an der Kantonsstrasse, sei sicherlich kein grosser Wurf, denn es fehle an der Liebe zum Detail. Das ganze Erscheinungsbild dieser Gebäude sei eher eine 08/15 Lösung. Die SVP-Fraktion wünsche aber allen Detailisten an der neuen Kantonsstrasse viel kauffreudige Kunden, gute Geschäftsgänge und viel Erfolg. Die SVP-Fraktion sei für Eintreten.

Erhard Kälin (SVP)

Der realisierte Ortskern sei von Seiten der öffentlichen Hand ein Projekt mit grosser gesellschaftspolitischer und volkswirtschaftlicher Wirkung, das in Zusammenarbeit mit privaten Investoren erreicht werden konnte, was nicht alltäglich sei. Mit dem neugestalteten Ortskern und der neuen Kantonsstrasse habe unser Dorf ein neues Gesicht bekommen, das weit über unsere Grenzen hinaus Beachtung finde. Allen Beteiligten danke man, speziell auch allen Mitarbeitenden der Verwaltung, die die Herausforderung dieses anspruchsvollen Projekts angenommen und zum guten Gelingen beigetragen haben. Die Anregungen der Sprechenden habe sie aufgenommen und diese werden in weiteren Entwicklungen des Ortskerns diskutiert und allenfalls geprüft. Zum Zusatzbericht 1 äussere sie sich wie folgt: Man sei davon ausgegangen, dass, wie im Antrag von B + A Nr. 1048 beantragt, ein Kredit gesprochen werde, welcher in der vorliegenden Abrechnung nicht überschritten wurde. In den Ausführungen wird aber tatsächlich immer auf 54 Einstellhallenplätze hingewiesen. Darum sei es sicher richtig, dass man das im Zusatzbericht 1 aufzeige.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Detailberatung

Alwin Larcher (SVP)

2. Kredit und Teuerung c) Baukosten-Teuerung

Ihm sei aufgefallen, dass bei den Baukosten die Teuerung nicht immer gleich berechnet werde. Wie es hier im B + A Nr. 1333 gemacht wurde, finde er richtig. In einem älteren B + A, zum Beispiel Nr. 1323, Sanierung Umgebung Spitz, sei die Teuerung bis zur Fertigstellung des Bauwerks berechnet worden. Bei diesem B + A sei die Teuerung bereits am Anfang, d. h. vor Baubeginn, berechnet worden. Er bitte den Gemeinderat, die Teuerung künftig so zuberechnen, dass man später zwischen den verschiedenen Bauabrechnungen vergleichen könne.

Reto Deschwanden (CVP)

4. Baukosten Rückvergütungen

Alwin Larcher (SVP)

Hier gehe es vor allem um die Rückvergütungen der Velounterstände. Seine Frage an den Gemeinderat: Ob der Veloständer, welcher zwischen Coop und Novum stehe, ein Provisorium sei oder ob dort noch etwas artgerechtes entstehe.

Roger Jenni (FDP)

Es sei ihr nicht bekannt, durch wann dieser Ständer aufgestellt wurde. Sie sei der Meinung, dass dort am Anfang gar kein Veloständer vorhanden gewesen sei und plötzlich habe man gemerkt, dass dort etwas fehle. Ob dieser durch die Gemeinde oder durch den Coop aufgestellt wurde müsse sie abklären, dass wisse sie nicht. Sie sei zwar der Meinung, dass auf diesem Platz ein Belag eingelegt wurde, welcher für Velos sei, da dieser einen festeren Untergrund habe, doch dieser Veloständer sei nachträglich dahin gekommen. Sie könne dies abklären. Ihr sei nicht bewusst, dass dort noch ein Ständer montiert werden soll. Wenn sie so überlege, könnte es sein, dass kein fester Veloständer montiert wurde, weil auf diesem Platz auch Feste stattfinden und man diesen dafür wegnehmen könne.

Manuela Bernasconi (CVP)

6. Begründung der Gemeinderatskredite und gebundenen Ausgaben d) Kunst am Bau

Alwin Larcher (SVP)

Die CVP-Fraktion findet es gut, dass sich der Gemeinderat für die Kunst einsetze und möchte sogleich allen Spendern für die schönen Sitzbänke, welche im Zentrum stehen, einen grossen Dank aussprechen.

Reto Deschwanden (CVP)

Zusatzbericht 1 zum B + A Nr. 1333.

Alwin Larcher (SVP)

Er gebe hier etwas mehr Zeit, weil viele den B + A erst am Anfang der Sitzung erhalten hätten.

2. Änderungen am B + A 4. Baukosten

Er habe noch eine Frage: Die LUPK wollte einmal 0,5 Mio. Franken von der Gemeinde und hier könne man lesen, "entgegenkommenderweise". Er sehe auch, dass man im Ortskern etwas viel für die Räumlichkeiten bezahle. Er möchte fragen, weshalb man der LUPK trotzdem mehr für diese Parkplätze bezahlt? Was wäre geschehen, wenn man dies nicht gemacht hätte? Sei man in Horw grundsätzlich so freundlich, dass wenn jemand mehr Geld haben wolle, man auch mehr gebe? Denn dies seien immerhin knapp 150'000 Franken Steuergelder, die entgegenkommenderweise verteilt worden seien.

Thomas Zemp (CVP)

Das Schreiben auf welches Herr Zemp hinweise, sei nachdem die Verkaufverhandlungen geführt wurden, entstanden. Es sei für sie relativ schwierig, alles nachzuvollziehen, denn dies sei am 8. April 2003 gewesen. Keiner der heutigen Gemeinderäte sei bei diesen Verkaufsverhandlungen involviert gewesen. Selbstverständlich sei man vom zuständigen Gemeinderat informiert worden, aber sie denke, man sei auch irgendwo ermächtigt worden, Verkaufsverhandlungen zu machen. Es seien anscheinend verschiedene Abklärungen gemacht worden. Tatsächlich habe die LUPK angefragt, ob man ihnen etwas entgegen kommen könnte. Alle Verhandlungen könne sie auch nicht nachvollziehen, schlussendlich habe der Gemeinderat beschlossen, dass man so wie es im Schreiben stehe und es heute ausgewiesen worden sei, auf dies einzugehen, dass man diese 49 Parkplätze zu einem höheren Preis kaufe. Mehr könne sie dazu leider nicht ausführen, weil niemand vom Gemeinderat bei diesem Verkaufsverhandlungen dabei gewesen sei. Man könne jetzt nicht alles auf die LUPK überwälzen. Man sei auch mit dem anderen Auftrag, welcher erwähnt wurde, in weitere Verhandlungen mit der LUPK getreten und versuche etwas zu erreichen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Dann müsse man davon ausgehen, dass bei diesen Verkaufsverhandlungen kein Protokoll geführt wurde?

Roger Jenni (FDP)

Beschlussestext

Alwin Larcher (SVP)

Verweise man jeweils auf jene Gemeindeordnung, welche damals Gültigkeit gehabt habe als man den Beschluss gefasst habe oder sei es ein Fehler, dass man auf eine alte Gemeindeordnung und auf einen falschen Paragraphen verweise?

Thomas Zemp (CVP)

Es sei richtig wie es Herrn Zemp gesagt und mit einem separaten Mail darauf hingewiesen habe. Die Änderung sei unter dem Zeitdruck vergessen gegangen. Im Beschlussestext sei der falsche Paragraph aufgeführt.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Könnte man den Beschlussestext nachträglich korrigieren, damit dieser stimme?

Jörg Stalder (L2O)

Die Bereitschaft zur Korrektur bestehe. Es wird folgende Änderung am Beschlussestext vorgenommen: "in Anwendung an Art. 55 Abs. 1 der Gemeindeordnung vom 19. Oktober 2003". Somit wäre dies in Ordnung und erledigt.

Alwin Larcher (SVP)

Abstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1333 wird mit 27 : 0 Stimmen zugestimmt.

6. Dringliches Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP: Räumlichkeiten für das Gemeindearchiv

Er bittet den Postulanten die Dringlichkeit zu begründen.

Alwin Larcher (SVP)

Es gehe um die allfällige Verlegung des Gemeindearchivs in die ALST Kastanienbaum. Es sei tatsächlich so, dass die Raumverhältnisse im Schulhaus Allmend eng seien. Er habe dies selber gesehen. Es habe zu wenig Räume für ein Schulhaus dieser Grösse, vor allem, wenn man dies mit anderen Schulhäusern in unserer Gemeinde vergleiche. Deshalb suche der Gemeinderat seit 2 1/2 Jahren nach Lösungen. Man habe unter anderem im Budget 2005 einen entsprechenden Betrag für einen Umbau oder Einbau im Schulhaus Allmend gesprochen. Bereits dort sei erwähnt, dass man das Gemeindearchiv aus dem Schulhaus Allmend verlegen wolle. Das gleiche stand auch in der Schulraumplanung 2003, welche von einem externen Büro erstellt wurde. Man habe bereits dort festgestellt, dass das Gemeindearchiv im Schulhaus Allmend eine schul-

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

fremde Institution sei. Spätestens seit 2003 sei man sich dies bewusst und seit 2005 via Kredit definiert, dass man etwas ändern müsse. Trotzdem habe dies bis in den Herbst bzw. Winter 2006 gedauert. Plötzlich habe man mit diesem Archiv versucht, eine schnelle Lösung zu finden, weil der Druck seitens der Schule offenbar zu gross geworden sei. Irgendwie komme es ihm so vor, als ob das Gemeindearchiv die leidtragende Dienststelle der Gemeinde sei, weil dieses irgendwo zwischen Schule und Gemeinderat stehe und jetzt gewissermassen den schwarzen Peter zugespielt bekomme. Er sei der Meinung, dass die ALST Kastanienbaum etwas differenzierter betrachtet werden müsse. Die ALST Kastanienbaum sei seines Wissens eigentlich für Archivgüter geeignet, weil eine relativ geringe Überschwemmungsgefahr und Brandgefahr bestehe und man ein konstantes Klima habe, insofern sei es für Archivgüter nicht die schlechteste Lösung. Dagegen müsse er sagen, dass die ALST Kastanienbaum als Arbeitsplatz völlig ungeeignet sei. Man müsse sehen, dass im ALST auch Einbauten nötig wären, weil das Klima für einen Arbeitsplatz grundsätzlich nicht stimme. Man müsste entsprechende Einrichtungen machen, wie beispielsweise Lüftung, Luftfeuchtigkeitsbegrenzer, auch die Beleuchtung für Arbeitsplätze und Sitzungsräume usw. Auch wenn man dies machen würde, habe man dennoch kein Tageslicht in dieser ALST. Für einen Arbeitsplatz, an welchem jemand arbeiten müsse, und dieser sei ja nicht einfach nur archivarisches tätig, dass er Akten ablege und registriere, sondern er sei auch dokumentarisch tätig. Er analysiere die historischen Akten der Gemeinde. Man könne nicht im Ernst verlangen, dass diese Arbeit unter Ausschluss von Tageslicht gemacht werde. Komme hinzu, dass es arbeitsrechtlich gar nicht zulässig sei, einen solchen Arbeitsplatz einzurichten, auch wenn er nur einen halben bzw. ganzen Tag pro Woche dort arbeite. Für einen ständigen Arbeitsplatz sei dies nicht zulässig. Es gebe noch einen weiteren Punkt und zwar die Lage der ALST. Sie sei geografisch eher ungünstig. Es wäre sicherlich idealer, wenn das Gemeindearchiv im Zentrum liegen würde, doch er denke, es wäre vertretbar, wenn man das Gemeindearchiv aus geografischen Gründen nach Kastanienbaum verlegen würde. Schliesslich müssen auch andere Bürgerinnen und Bürger, die schwimmen wollen, ins Schulhaus Spitz gehen oder für andere Dienstleistungen in ein anderes Quartier. Er möchte dem Gemeinderat nicht vorschreiben, wo er das Archiv unterbringe. Der Gemeinderat wisse viel besser, wo es geeignete und freie Räume habe und könne dies auch mit den zuständigen Sachbearbeitenden evaluieren. Er möchte einfach daran erinnern, dass das Archiv eine gewisse Bedeutung für die Gemeinde habe. Es sei nicht einfach eine Ansammlung von historischen Akten, die man irgendwo deponiere und der Archivar anschliessend ablege. Es sei ein systematisches Sammeln und Dokumentieren, es sei auch ein Aufarbeiten dieser historischen Akten und Gegenstände. Es sei eigentlich das geschichtliche Wissen der Gemeinde. Es sei auch der Einwohnerrat gewesen, der dem Gemeinderat diesen Auftrag erteilt habe, ein Gemeindearchiv zu etablieren. In diesem Auftrag habe es nicht geheissen, irgendwo Akten brand- und wassersicher zu verstauen, sondern tatsächlich auch mit diesen Unterlagen zu arbeiten. Das Archiv erbringe Dienstleistungen für die Bevölkerung. Es gebe immer wieder interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die das Archiv besuchen. Dort werden diese vom Archivar angeleitet, wie und wo Sachen gefunden werden können. Es gebe Vereine, die dort ihre ganzen Dokumentationen abgelegt haben. Nicht zuletzt sei das Archiv für die Behörde ein taugliches Mittel, um historische Akten fachgerecht archivieren zu können. Bei diesem Vorstoss sei ihm wichtig, dass man für das Gemeindearchiv geeignete Räume finde. Der Arbeitsplatz müsse so eingerichtet sein, dass man dokumentarisch und forschend arbeiten könne und nicht wie ein Höhlenbewohner darin vegetieren und irgendwelche Akten aneinanderreihen müsse, sondern, dass man diese Akten effektiv ausbreiten könne und gutes Licht vorhanden sei. Heute könne man Arbeitsplätze gut mit Kunstlicht ausleuchten, doch es gehe trotzdem nichts über das Tageslicht. Die ALST erfülle diese Anforderungen aus seiner Sicht nicht und er halte es auch als Übergangslösung für nicht geeignet, wenn man das Archiv dorthin verlege und anschliessend die Archivarien für einige Zeit dort deponiere. Der Archivar könne während dieser Zeit nicht daran arbeiten, er wäre räumlich zu weit weg, dies müsse er auch erwähnen. Er sollte eigentlich in der Nähe der Archivalien sein, denn sonst müsse er weite Wege

zurücklegen, um diese zu holen. Er wisse aus eigener Erfahrung, dass man so nicht arbeiten könne. Deshalb wären diese Räumlichkeiten auch nur als Zwischendeponie nicht geeignet. Er würde es auch nicht empfehlen, denn irgendwo gebe dies auch einen Unterbruch bei der Arbeit und er befürchte, dass das anschliessend der Anfang und das Ende des Gemeindearchives wäre. Er bitte den Gemeinderat rasch eine schnelle für alle akzeptable Lösung zu finden. Er wisse, dass dies nicht ganz einfach sei, aber er sei der Meinung, wenn man dies zusammen mit dem Archivar und der zuständigen Dienststelle, welche für die Raumbewirtschaftung zuständig sei, mache und zu einer tragfähigen Lösung kommen werde. Er ersuche deshalb den Einwohnerrat das Postulat zu überweisen, auch im Sinne eines Auftrages an den Gemeinderat, dass zum Archiv geachtet werde und eine gute räumliche Lösung zu finden sei.

Der Gemeinderat nehme das Postulat zur Prüfung entgegen. Er gehe mit Herrn Jung bezüglich Schulhaus Allmend absolut einig. Er möchte dies sogar noch ein wenig verstärken, es sei eine absolut unzumutbare Situation für die Lehrkörper. Seit zwei, drei Jahren seien diese absolut am Limit mit einem sehr kleinen Raum, der einem "Kaninchenstall" gleiche. Da sei wirklich grosser Handlungsbedarf notwendig. Bezüglich ALST, teile der Gemeinderat die Einschätzung von Herrn Jung im Wesentlichen. Man müsse sagen, dass die Situation nicht so sei, dass rund um die Uhr, also 5 Tage, 8 Stunden pro Tag, jemand in diesem Archiv arbeite, sondern es gehe um einen halben Tag pro Woche. Dies relativiere das Ganze natürlich ein wenig. Dem wolle man mit ihrem Entscheid auch Rechnung tragen. Bezüglich Arbeitsrecht sei die Situation nicht so klar, aber man sehe, dass an verschiedenen Orten Räume vom Tageslicht entfernt seien zum Beispiel im Shopping-Center usw. Man musste zwischen dem hohen Handlungsbedarf Schulhaus Allmend und über die einzige Variante, die man gehabt habe, nämlich ALST, entscheiden. Die Interessenabwägung habe man im Interesse des Schulhauses Allmend getroffen. Er könne sagen, dass es nach ihrem Dafürhalten eine Variante gebe, von welcher bis Dato nicht die Rede gewesen war, der Werkhof. Er glaube, dass hier der Einwohnerrat gefragt sei, die Randbedingungen welche der Rat gesetzt habe zu ändern und dann habe man eine Alternative, dies zu ändern.

Markus Hool (FDP)

Der Gemeinderat sei bereit das Postulat entgegenzunehmen.

Alwin Larcher (SVP)

Er sei froh, dass der Gemeinderat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Er möchte Herrn Hool noch eine Antwort geben. Selbst wenn es arbeitsrechtlich in Ordnung wäre, was er aber bezweifle bzw. er auch entsprechende Aussagen von Arbeitsrechtlern habe, müsse er sagen, dass man sich an der Grenze der Zumutbarkeit bewege, auch wenn der Archivar nur einen halben Tag in diesem Raum arbeite. Es sei nicht vergleichbar, ob man in einem Tunnelbau sei oder in einem Shopping-Center arbeite. Man müsse Akten studieren und analysieren. Dies unter schwersten Bedingungen, zum Teil auch verblichene Akten untersuchen müsse. Er sei wirklich der Überzeugung, dass dies nicht vergleichbar sei. Letztlich gehe es auch um die Gesundheit dieser Mitarbeiter und da habe man auch eine gewisse Verantwortung. Es werde niemand bestreiten, dass dauerndes Kunstlicht und künstliche Belüftung und alles was er erwähnt habe, eher gesundheitsschädlich als gesundheitsfördernd sei. Insofern denke er, müsste die Gemeinde die entsprechende Verantwortung wahrnehmen. Er möchte auch den Vergleich wagen, was würde man machen, wenn man eine Dienststelle, die etwas grösser sei und auch Teilzeitangestellte habe, wenn dort Leute Teilzeit unter Tage arbeiten müssten. Er sei sich nicht sicher, ob man die Situation gleich einschätzen würde, sondern ihm scheine es, die "Letzten beißen die Hunde", es sei eine Einzelmaske die dort arbeite, keine Lobby habe und entsprechend herumgeschoben werde. Er sei auch nicht sicher, ob der Werkhof geeignet sei. Natürlich habe der Gemeinderat den Auftrag erhalten Möglichkeiten zu suchen, um diese Räumlichkeiten zu vermieten und er denke, an diesem Auftrag werde das Parlament auch festhalten. Wenn dies auch nicht in dieser Absolutheit geschehen sei, vor allem weil man keine Kenntnisse davon gehabt habe, dass noch Bedarf bezüglich Gemeindearchiv vorhanden sei. Er halte den Werkhof für

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

nicht geeignet, vor allem wenn man an die Feuersicherheit der Räume denke gegenüber einem Brandfall im Werkhof selber. Dies sei nicht auszuschliessen bei diesen vielen Fahrzeugen und den Materialien, die dort gelagert werden. Er würde gut überprüfen, ob der Werkhof geeignet sei. Als Arbeitsraum wäre es möglich, bei einem Aufbewahrungsraum habe er seine Zweifel. Er sei froh, wenn dies geprüft werde. Es gebe allenfalls eine Variante, die man sich überlegen müsste. Wenn man in der ALST schon ideale Voraussetzungen für Archivalien habe, sollte man prüfen, ob kein Arbeitsplatz zu diesem Archiv gefunden werden kann. Er wisse, dass im Schulhaus Kastanienbaum die Platzverhältnisse auch sehr beengt seien. Man müsse mit Provisorien arbeiten, namentlich unter der katholischen Kirche oder im Mensagebäude im Krämerstein. Man könne sich auch vorstellen, beispielsweise mit einer Containerlösung zu arbeiten. Es töne jetzt vielleicht etwas hart und brutal, doch es gebe durchaus gute Bürocontainer für vorübergehende Büroauslagerungen. Dies wäre wahrscheinlich ein kostengünstiges Provisorium und würde der Sache dienen. Platz hätte man in Kastanienbaum, man müsste nicht bauen und müsste nicht in eine dauernde Infrastruktur investieren. Wenn es in Kastanienbaum wieder Änderungen der Raumverhältnisse gebe, hätte man immer noch die Möglichkeit die Containerlösung aufzuheben. Dies als prüfungswerte Alternative. Er wisse nicht, ob dies das Gelbe vom Ei sei, aber vielleicht wäre das eine Idee, die in die Überlegungen miteinbezogen werden können.

Er sei sehr froh, um die letzte Bemerkung, welche Hans-Ruedi Jung eingebracht habe. Ihm sei am Postulat eines sauer aufgestossen, dass Kastanienbaum dezentral sei. So dezentral sei man nicht und diese Variante, welche er am Schluss vom Archiv her skizziert habe, sei sehr günstig was die ALST anbelange. Was mit dieser längerfristig passiere, entziehe sich seiner Erkenntnis im Moment. Wenn dies als Archiv geeignet sei, könne dies relativ kostengünstig installiert werden und sei ein sehr guter Standort. Mit dieser Aussenstation könne man vielleicht sogar den Eingangsbereich für das Archiv kunden- und besucherfreundlicher gestalten und nicht zuletzt sei Kastanienbaum an diesem Standort, verkehrstechnisch, elegant gelegen. Mit öffentlichen Verkehrsmittel und auch für Parkierungsmöglichkeiten ein vernünftiger Standort. Es wäre eine Möglichkeit ein Aussenquartier der Gemeinde mit einem zentralen Bedürfnis der Gemeinde zu bestücken.

Heiri Niederberger
(CVP)

Man sei bereits mitten in der Diskussion. Es folgen keine weiteren Voten, somit sei dieses Traktandum erledigt.

Alwin Larcher (SVP)

7. Postulat Beatrice Buholzer, FDP, u. MU: Randstein - Velowege

Sie habe einige Male in Fragestunden betreffend diesen Velowegen und den Trottoirs mit den hohen Absätzen angefragt, ob man da nicht etwas machen könne, damit man mit dem Velo nicht so stark herumgeschlagen werde. Frau Bernasconi habe dies entgegengenommen und weitergeleitet. Man habe die Mittelstreifen wunderbar gesenkt. Anschliessend sei dann wieder nichts gegangen. Darauf habe sie dieses Postulat "Randstein - Velowege" eingereicht. Sie habe dies am Donnerstag eingereicht und am Montag habe ihr Herr Soldati telefoniert und mitgeteilt, dass die Firma Marti die Randsteine senken werde. Sie habe Freude gehabt, dass dies so schnell gegangen sei. Ihr Anliegen habe sich nun bereits erledigt. Die Arbeiten seien sehr gut ausgeführt. Schade finde sie, dass man dies nicht bereits von Anfang an so gebaut habe. Velowege werden schon viele Jahre geplant und ausgeführt und dies habe wieder zu Mehrkosten von mehreren tausend Franken zu Lasten des Steuerzahlers geführt.

Beatrice Buholzer-
Stierli (FDP)

Man kenne die leidige Geschichte dieser Randsteine. Auch für sie sei es unverständlich gewesen, weshalb die Bauarbeiten nicht eher abgeschlossen werden konnten. Man

Manuela Bernasconi
(CVP)

habe dieses Begehren einige Male vorgebracht. Schlussendlich sei dies spannend gewesen, obwohl dies gar nichts mit dem Postulat zu tun hatte, denn der Kanton fasse diese Arbeiten zusammen und vergebe diese dann. Die wurden so vergeben, dass jemand die Randsteine erstellt habe, eine andere Firma habe die Fahrstreifen gemacht, nochmals eine andere Firma habe später in einem Gesamtwisch die Randsteine wieder gesenkt. Sie habe sich erkundigt, weshalb dies so gebaut wurde. Sie habe dann die Auskunft erhalten, dass dies kantonale Normen seien, welche hier so ausgeführt worden seien. Man hofft jetzt einfach, dass die kantonalen Normen auch wirklich überdacht seien, denn diese seien wirklich unbequem, wenn man diese als Velofahrer überqueren müsse. Sie nehme das Postulat entgegen und vielleicht könne man dieses gleich wieder abschreiben.

Es wird Diskussion verlangt.

Sie sei ebenfalls dafür, dass das Postulat gleich wieder abgeschrieben werde, sie unterstütze dies. Sie möchte sich bei Frau Manuela Bernasconi für die Bemühungen bedanken. Sie schätze es, dass man nun ganz ruhig über diese Velostreifen fahren könne. Sie denke auch an Mütter mit ihren Kinderwagen oder Rollstuhlfahrer. Sie gehe nun wieder viel lieber mit dem Velo ins Dorf und sie denke auch die Bevölkerung von Horw, welche mit dem Velo unterwegs sei, schätze dies sehr.

Er habe sich die Frage gestellt, wer denn die Mehrkosten dafür bezahle und wieso eine solche Lösung gemacht wurde. Wenn ein Bauherr baue, beauftrage er eine Firma, Bohr- und Pressbetrieb, welche die Randsteine abräse. Die Firma Marti habe die Randsteine mit einer Tiefe von ca. 60 cm herausgepickelt und den Belag rundherum aufgerissen und anschliessend einen neuen eingesetzt. Dies gebe extreme Mehrkosten. Wer bezahle dies und weshalb wurde nicht die günstigere Variante gewählt?

Es sei nicht so, dass die Gemeinde Horw diesen Auftrag erteilt habe, sondern der Kanton. Trotzdem sei es so, dass die Gemeinde die Kosten bezahlen müsse. Vielleicht müsste man dies bei den Grossräten einmal einbringen, damit dies beim Kanton behandelt werden könnte. Es sei ihr auch aufgefallen, dass es ein sehr aufwändiges Verfahren gewesen sei.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

8. Interpellation Robert Odermatt, SVP: Durchleitungsrechte für Garderobengebäude Sportplatz

Er habe noch ein Rückkommen. Es sei verlangt worden, dass das Postulat von Frau Buholzer abgeschrieben werde. Sei es festgehalten, dass dieses abgeschrieben sei? Er stelle einen Antrag, dass man darüber abstimme, ob es abgeschrieben werde.

Es habe niemand etwas gegen eine Abschreibung gehabt. Auch sei die Postulantin damit einverstanden gewesen, dass das Postulat gleich abgeschrieben werde. Das Postulat von Frau Buholzer werde abgeschrieben.

Wie man sehen könne, sei seine Interpellation schriftlich beantwortet worden. Mit der Beantwortung der gestellten Fragen sei er nicht einverstanden. Die Fragen seien teilweise nicht oder irreführend beantwortet worden und es werden darin Falschaussagen gemacht. So könne man das Ganze nicht im Raum stehen lassen und er verlange Diskussion.

Beatrice Buholzer-
Stierli (FDP)

Jan Holecek (CVP)

Manuela Bernasconi
(CVP)

Alwin Larcher (SVP)

Ruedi Meier (FDP)

Alwin Larcher (SVP)

Robert Odermatt
(SVP)

Der Interpellant verlange Diskussion. Dem wird nicht opponiert.

Alwin Larcher (SVP)

Die Stellungnahme des Gemeinderates und dessen Erläuterungen seien ein Lehrstück wie man etwas schönreden könne. Es fange bereits mit dem ersten Satz an. Er habe folgende E-Mail vor sich: "Sehr geehrter Herr Hunn. Ich habe ein Postulat an den Einwohnerratspräsidenten eingereicht. Da dieser im Moment ferienabwesend ist, orientiere ich Sie mit der entsprechenden Beilage. Ich bitte Sie, das Baudepartement entsprechend zu orientieren." Die E-Mail wurde am 25. Juli 2006, 11.06 Uhr, versandt. Wenn der Gemeinderat schreibe, er habe diese Interpellation am 2. August eingereicht, dann sei dies beim besten Fall die halbe Wahrheit. Er komme zur Stellungnahme der Beantwortung der Fragen: Frage 1: Nach einem langen Hickhack zwischen der Gemeinde und der Korporation, in dem das Baudepartement nicht bereit gewesen sei, über den Betrag von 500 bis 700 Franken zu entscheiden, sondern der Gesamtgemeinderat eingeschaltet werden musste. Der Vertrag, bezüglich Wasserleitung, konnte am 26. Juli durch die Gemeinde geschrieben werden. Dieser Vertrag wurde später von der Korporation genehmigt und unterschrieben. Der Vertrag bezüglich Gasleitung sei am 8. August unterschrieben worden. Zu Frage 2: Die Antwort des Gemeinderates sei falsch. Auf einem Grundstück, welches im Baurecht erworben wurde, schlage man keinen Nagel ein, ohne dass der Baurechtsnehmer, in diesem Falle die Firma Flavio Bezzola AG, die Zustimmung gebe. Wieso der Gemeinderat eine solche Falschaussage schreiben könne, sei ihm schleierhaft. Wieso liege wohl ein entsprechender Dienstbarkeitsvertrag vor, welcher am 13. Oktober beim Grundbuchamt Luzern-Land angemeldet und am 6. September im Grundbuch eingetragen worden sei. Frage 3: Seine Frage werde vom Gemeinderat mit "ja" beantwortet, um sich dann aber gleich im ersten Satz zu widersprechen. Entweder habe die Korporation das Durchleitungsrecht gratis in Aussicht gestellt oder sie habe zu Recht reklamiert, dass ihr eine Durchleitungsrechts-Entschädigung zustehe. Gemäss schriftlicher Stellungnahme habe die Korporation nie eine Durchleitungs-Entschädigung für diese Wasserleitung reklamiert. Alleine der Gemeinderat wollte eine pauschale Entschädigung von 1'000 Franken bezahlen und habe so die Forderung der Korporation nach einer Beteiligung an den Kosten eines Schutzzauns erfüllt. Der Betrag sei im Übrigen mehr als doppelt so hoch, wie jener Betrag, welchen das Gaswerk habe bezahlen müssen. Er frage sich, weshalb der Gemeinderat nicht ehrlich informiert habe. Frage 4: Die Rechtsauffassung des Gemeinderates sei gemäss Ansicht von Horwer-Anwälten, die mit der Gemeinde öfter zusammenarbeiten, falsch. Die Hauptproblematik liege jedoch darin, dass der Gemeinderat aus der Affäre Schwendelberg offenbar überhaupt nichts gelernt habe. Die Gemeinde erwerbe von der Korporation ein Baurecht für einen Velo- und Fussweg zum Preis von 2 Franken pro m². Der Marktpreis für Land in dieser Zone liege bei 8 bis 15 Franken pro m². Wenn nun die Korporation einen Beitrag möchte, um die Probleme, welche von diesem Weg ausgehen in den Griff zu bekommen, schalte die Gemeinde auf stur und schreibe der Korporation grosse Rechtsbelehrungen anstatt mit den zuständigen Personen zusammen zu sitzen und gemeinsam eine Lösung zu finden. Der Betrag, um welchen es ging, liege zwischen 500 und 700 Franken. Hätte die Korporation für dieses Baurecht vor 20 Jahren nur minimale 8 Franken pro m² verlangt, so könne sie heute alleine aus dem Mehrerlös einen goldenen Schutz anvisieren. Frage 5: Wenn man seine Frage und die Antwort des Gemeinderates lese, dann stelle man fest, dass eine personelle Konsequenz für den Gemeinderat lediglich aus einer Entlassung bestehe. Die Beantwortung der Frage sei doch sehr eigenartig. Ihm liege ein Brief vom 5. Juli vor, welcher der Gemeinderat an einen Mitarbeitenden des Hochbauamtes gerichtet habe, der über 28 Jahren auf der Gemeinde Horw tätig sei. Darin könne man lesen: "Deshalb sehen wir uns gezwungen, den bestehenden Arbeitsvertrag mit Ihnen per 31. Oktober 2006 aufzulösen." Dieses Schreiben stehe in einem direkten Zusammenhang mit den Durchleitungsrechten und dem Schutzzaun. Im gleichen Schreiben habe man dem betroffenen Mitarbeiter einen neuen Arbeitsvertrag mit ca. 400 Franken weniger Monatslohn angeboten. Unterzeichnet sei dieses Schreiben von einem Amtsstellen-Leiter Markus Bachmann und einer Ressort-Leiterin Personal Frau Maryse Doswald. Entweder wisse der Ge-

Robert Odermatt
(SVP)

meinderat nicht, was in seinen Abteilungen ablaufe oder aber die Beantwortung seiner Frage sei bewusst irreführend vorgenommen worden. Frage 6: Seine Fragen seien nicht beantwortet worden. Tatsache sei, dass der entsprechende Vertrag am 8. August unterzeichnet worden sei. Er komme zum Schluss. Es sei ihm bei dieser Interpellation um zwei Punkte gegangen. Punkt 1: Der erneute Streit mit der Korporation wegen einer Kleinigkeit. Diesen Punkt könne man als erledigt betrachten. Beim zweiten Punkt gehe es ihm um die personelle Geschichte. Seines Erachtens sei dies noch nicht erledigt. Hoffentlich finde der Gesamtgemeinderat Zeit, diesen Punkt noch genau anzuschauen und allenfalls Korrekturen vorzunehmen.

Der Postulant sei von dieser schriftlichen Beantwortung des Gemeinderates nicht befriedigt oder nur teilweise befriedigt.

Alwin Larcher (SVP)

Zu dieser sehr ausführlichen Stellungnahme von Herrn Odermatt könne sie nicht zu jedem Punkt Stellung nehmen. Ihr seien diese Punkte vorgängig nicht bekannt gewesen. Es seien viele neue Punkte hinzugekommen und sie müsste weitere Abklärungen machen. Sie konnte auch nicht alles aufschreiben, weil alles sehr schnell gegangen sei. Sie schlage vor, dass er mit diesen Punkten bei ihr vorbeikommen werde und man diese Punkt bespreche. Sie sei der Meinung, dass die Beantwortung des Gemeinderates richtig sei. Sie möchte zum Zaun noch etwas sagen. Sie sei der Meinung, dass es nicht sein könne, dass die Korporation in irgendeiner Art eine Sonderbehandlung bekomme. Dies habe man mit der Korporation so besprochen. Man habe gute Kontakte mit dem Korporationsrat. Man bespreche auch, was alles gegenentschädigt werden müsse und was nicht, denn die Korporation leiste auch Dienstleistungen für die Gemeinde und umgekehrt mache auch die Korporation von Dienstleistungen der Gemeinde Gebrauch. Man habe ein gutes Klima mit dem Korporationsrat aufgebaut und sie finde es schade, wie hier im Rate immer wieder aufgezeigt werden möchte, dass man mit der Korporation im Streit sei. Das man zwischendurch Auseinandersetzungen habe, teilweise seien diese verbal über Sachgeschäfte, sei richtig. Das dies einzelne Personen aus dem Korporationsrat betreffe, könne auch sein. Bei dieser Zaun-Geschichte sei sie der Meinung, dass man nicht ein Präjudiz schaffen könne und schlussendlich jeder Grundeigentümer kommen und sagen könne, dass bei diesem Weg Leute durchlaufen, die Gemeinde soll diesen einzäunen. Aus Präjudizgründen sei der Gemeinderat der Ansicht, dass man dies nicht so machen könne. Dies habe man mitgeteilt und habe dies auch bei mündlichen Besprechungen versucht darzulegen. Dies sei zu diesem 1. Punkt, welchen sie ganz kurz zusammengefasst habe. Zum 2. Punkt, welcher angesprochen wurde. Sie sei sehr erstaunt, dass dieses Problem hier im Rate, welcher auch öffentlich besucht werden könne, vorgebracht werde. Sie sei darüber höchst erstaunt. Sie habe seine Frage im Schreiben beantwortet. Er habe ganz klar gefragt, ob es im Personalkörper Entlassungen gegeben habe. Wenn die Rede vom Personalkörper sei, heisse das für sie ganz klar, dass es Entlassungen hätte geben müssen, denn ansonsten sei es nicht der Personalkörper. Man müsste Fragen, ob es irgendwelche Massnahmen für Mitglieder gegeben habe. Sie habe die Frage so beantwortet, wie diese da stehe. Es mute einfach immer wieder komisch an, wenn man von einer Affäre spreche, wenn es wie hier, um ein Sachgeschäft gehe, welches man doch recht zügig abgehandelt habe. Der Personalkörper habe sich nicht verändert. Es habe wohl einen Führungsentscheid gegeben, welcher vorher wunderbar zitiert wurde. Welcher ursächlich aber nur mit diesem Sachgeschäft im Zusammenhang sei, aber nicht mit dem Inhalt dieser Interpellation. Diesen Führungsentscheid werde sie aus Persönlichkeits- und Schutzgründen des Mitarbeiters nicht ausführen. Übrigens könne sie auch sagen, dass die GPK über den ganzen Fall orientiert sei. Dies sei mit der GPK besprochen und abgehandelt worden.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Frau Manuela Bernasconi habe die schriftliche Antwort noch mündlich ergänzt. Es wird Diskussion verlangt. Dem wird nicht opponiert.

Alwin Larcher (SVP)

Die personellen Konsequenzen seien angesprochen worden. Es sei richtig, wie es die Gemeinderätin gesagt habe, solche Details im Rate zu diskutieren sei heikel. Den Emotionen nach sei zu befürchten, dass dieses Thema, was den betroffenen Mitarbeiter angehe, hier nicht fertig diskutiert werde. Er habe kürzlich von einem anderen Schreiben, einer Stellungnahme des Gemeinderates, gehört, dass der Gemeinderat Mitarbeiter ermuntere, eigene Stellungnahmen abzugeben und mitzudenken. Dies sei beim Gemeinderat willkommen. In diesem Falle müsse dies in der Betrachtungsweise von Seiten des Gemeinderats etwas anders abgelaufen sein. Er bitte einfach, auf Leute, welche von der Öffentlichkeit als wertvoll empfunden werden, Acht zu geben. Denn wenn noch mehrere Mitarbeiter entfallen würden, wie Einzelne bereits entfallen seien, wäre dies bedauerlich und man sollte zu denen schauen. Er glaube, der Nutzen einiger Mitarbeitenden gegenüber der Bevölkerung sei sehr sehr gross. Er möchte einfach zum Ausdruck bringen, dass dies sehr geschätzt werde und dass man ein sehr subtiles Vorgehen wählen sollte, wenn wieder einmal solche Vorkommnisse stattfinden sollten.

Roger Jenni (FDP)

Er möchte noch etwas präzisieren. Die GPK habe sich über diese Personalmassnahmen informieren lassen. Man habe dies eingehend in einem kleinen Gremium mit dem Gemeinderat diskutiert. Man habe festgestellt, dass sicherlich nicht alles optimal gelaufen sei oder dass es auch Punkte gebe, die problematisch seien. Man habe festgestellt, dass man Verbesserungsmaßnahmen einleite, dass sich so etwas sicherlich nicht wiederhole. Er möchte einfach, dass nicht der Eindruck entstehe, dass die GPK bereits im Vorfeld involviert gewesen sei. Man habe sich nach diesem Vorfall informieren lassen und habe gewisse problematische Punkte aus Sicht der GPK aufgezeigt. Man habe den Eindruck, dass dies in das Prozessmanagement der Gemeinde einflüsse und sich nicht wiederholen sollte.

Thomas Zemp (CVP)

9. Pause, anschliessend Fragestunde

10. Interpellation Thomas Zemp, CVP: Leitbild der Gemeinde Horw

Das Leitbild der Gemeinde Horw, welches im Rahmen der Zukunftskonferenz entwickelt und anschliessend vom Gemeinderat konsolidiert und verabschiedet wurde, scheine einen hohen Stellenwert zu geniessen. Nachdem bald in jedem B + A, aber sicher in jedem zweiten B + A, das Leitbild und die Ergebnisse der Zukunftskonferenz zitiert und darauf verwiesen werde, sei es an der Zeit zu klären, welchen Stellenwert dieses Leitbild und auch das Instrument der Zukunftskonferenz grundsätzlich in unserem demokratischen Gefüge einnehme. Für die Klärung dieser und weiterer Fragen habe er die vorliegende Interpellation eingereicht. Er sei gespannt auf die Antworten dieser Fragen.

Thomas Zemp (CVP)

Zu Frage 1: Erstmals ist mit der Bevölkerung von Horw ein Gesamtleitbild erarbeitet worden. Es beschreibt die angestrebte Entwicklung unserer Gemeinde in den nächsten 15 bis 20 Jahren. Das Gesamtleitbild hat die bisherige Politik bestätigt, es beinhaltet nicht wesentliche Neuerungen. Da sämtliche Horwerinnen und Horwer, d.h. Einwohnerinnen und Einwohner, Vereine, Parteien, Einwohnerratsmitglieder usw. die Möglichkeit gehabt haben, am Entwicklungsprozess von dieses Leitbildes teilzunehmen, hat es für den GR einen entsprechend hohen Stellenwert. Der GR beabsichtigt, die aufgezeigte Entwicklung gemäss Leitbild vorzunehmen. Das immer unter Berücksichtigung von anderen laufenden Entwicklungen, den vorhandenen finanziellen Mitteln und der Zustimmung durch die entsprechenden Instanzen wie Parlament oder Stimmberechtigte. Der

Markus Hool (FDP)

GR hat laufend über den Prozess von der Erarbeitung vom Gesamtleitbildes transparent und offen via Medien, Internet und Blickpunkt informiert. Alle hatten die Möglichkeit, sich in den Prozess einzubringen. Eine Spurgruppe mit Vertretern aus den Bereichen Bau/Planung/Hauseigentümer, Umwelt/Natur, Jugend/Kinder, Kultur, Sport, Soziales/Kirche, Quartiere, Hochschule/Forschung, Schule/Musikschule, Gewerbe/IG Zentrum/Wirtschaft/Finanzen sowie Politik/Parteien/Integration sind bei der Vorbereitung und der Auswahl von Personen, die speziell anzuschreiben waren, direkt beteiligt gewesen. Zudem sind verschiedene Gruppierungen, so u.a. sämtliche Einwohnerratsmitglieder, ebenfalls direkt angeschrieben und eingeladen worden. Auch die gesamte Bevölkerung hat durch Aufrufe via Medien, Internet und Blickpunkt die Möglichkeit gehabt, sich für diesen Prozess anzumelden. An der Zukunftskonferenz haben über 200 Horwerrinnen und Horwer sowie 12 Einwohnerratsmitglieder teilgenommen (4 CVP, 4 FDP, 4 LZO, 0 SVP). An der Ergebniskonferenz ist der Einwohnerrat mit 14 Personen vertreten gewesen (3 CVP, 3 FDP, 5 LZO, 3 SVP). Man kann die Ansicht vertreten, in dem Leitbild sei die Verbindlichkeit und Legitimation abzusprechen, da nach Art. 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung der Einwohnerrat die grundlegenden Ziele der Gemeindepolitik festlegt. Der GR ist der Ansicht gewesen und ist immer noch dieser Ansicht, dass aufgrund von folgenden Argumente mit der Genehmigung durch den Gemeinderat dem Gesamtleitbild genügend Verbindlichkeit und Legitimation zukommt: 1. Das Gesamtleitbild ist unter grosser Beteiligung der Bevölkerung und unter Einbezug vom Einwohnerrat in einem basisdemokratischen Prozess gemeinsam erarbeitet worden. 2. Das Gesamtleitbild hat nicht grundlegend neue Ziele für unsere Gemeinde festgelegt. Es bildet vielmehr ein Dach über den bereits existierenden Teilleitbildern. 3. Über die geplanten Schritte ist jeweils offen und transparent via Medien, Internet und Blickpunkt informiert worden. Der Einwohnerrat hat während dem gesamten Initialisierungs- und Erarbeitungsprozess dem Vorgehen nicht opponiert. Das Leitbild ist im Juni 2006 erschienen und der Horwer Bevölkerung publik gemacht und verteilt worden. Bis Ende August ist nach wie vor keine Intervention von Seiten des ER erfolgt. Vor dem Hintergrund könnte man die Nichtintervention des ER auch als stillschweigende Genehmigung interpretieren. (Anmerkung: die Interpellation ist 9 Monate nach dem Startschuss zum Leitbildprozess und just am Tag von meinem Amtsantritt erfolgt). 2. Neben dem neuen Leitbild existieren weitere Grundlagenpapiere wie Leitsätze der Gemeindeverwaltung, Legislaturplan, Leitbild zur Räumlichen Entwicklung, Jugendpolitisches Leitbild, Altersleitbild, Heimleitbild, Pflegeleitbild etc. Wie sind diese Papiere aufeinander abgestimmt? Zu Frage 2: Es handelt sich um das erste Gesamtleitbild der Gemeinde Horw. Die bestehenden Teilleitbilder werden bei ihrer Überarbeitung auf die Übereinstimmung mit dem Gesamtleitbild überprüft. In weiten Teilen ist jedoch die bestehende Politik bestätigt worden, d.h. es werden nicht grosse Anpassungen notwendig sein. 3. Laut Gemeindeordnung Art. 27 "Planung und Aufträge" bestimmt der Einwohnerrat unter Vorbehalt der Volksrechte die grundlegenden Ziele der Gemeindepolitik. Warum wurde das Leitbild nicht zur Beratung dem Einwohnerrat vorgelegt und damit die Legislative in den Entwicklungsprozess eingebunden? Zu Frage 3: Die wesentlichen Argumente sind bereits bei der Beantwortung der Frage 1 dargelegt worden. An dieser Stelle wird deshalb auf eine Wiederholung verzichtet und nur noch ein ergänzendes Argument aufgeführt. Der Einwohnerrat hat gemäss Art. 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung Stellung zur Legislatur- und Finanzplanung des Gemeinderates zu nehmen. Sie werden also mit dem Legislaturplan Gelegenheit erhalten, zu geplanten Massnahmen Stellung zu beziehen und zudem haben Sie im Rahmen des Budgets mit der Festlegung der Jahresziele oder mit der Genehmigung von Sonderkrediten die Möglichkeit, direkt auf finanzwirksame Vorhaben Einfluss zu nehmen. 4. Rückblickend auf die Zukunftskonferenz: Welche Erkenntnisse zieht der Gemeinderat aus der Anwendung dieser Methodik? Geht der Gemeinderat davon aus, dass die Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dem Abbild unserer Gemeinde entspricht und damit das Ergebnis die Meinung einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger repräsentiert? Für welche Themen oder Bereiche eignet sich diese Methodik? Sind weitere Konferenzen geplant? Zu Frage 4: Die Methodik ist sowohl von uns, als auch den Teilnehmenden, positiv empfunden worden.

Um die Gesamtbevölkerung vermehrt einzubeziehen, kann sich der GR durchaus weitere solche Workshops vorstellen. Es haben sämtliche Horwerinnen und Horwer die Möglichkeit gehabt, an der Zukunfts- und Ergebniskonferenz teilzunehmen. Grundsätzlich mag es sein, dass einzelne Interessengruppen weniger stark vertreten waren. Es haben jedoch mit der Direkteinladung oder den Publikationen via Medien, Internet und Blickpunkt alle die Möglichkeit gehabt, an den beiden Veranstaltungen teilzunehmen. Diese Methodik kann sich für die verschiedensten Themen eignen, so ist am 23. Oktober 2006 nach dieser Methodik bereits ein weiterer Workshop zum Thema Gesamtkonzept Ortsplanungsrevision durchgeführt worden. Der GR haben auch viele positive Feedbacks erhalten. Die Gemeinde ist als aufgeschlossen und fortschrittlich über die Gemeindegrenzen hinweg wahrgenommen worden. 5. Wie hoch war der finanzielle Aufwand für die Erarbeitung des Leitbildes? Zu Frage 5: Die Kosten für die Zukunfts- und Ergebniskonferenz belaufen sich auf total 44'300 Franken, davon entfallen rund 5'300 Franken auf die Verpflegung. Abschliessende Bemerkungen: Für den GR ist das nun vorhandene Leitbild eine wichtige Handlungsdirektive für die Zukunft. Es weist - wie vorstehend dargelegt - eine breite Übereinstimmung mit dem Legislaturplan 04/08, mit dem Finanz- und Aufgabenplan und mit den vorhandenen Teilleitbildern auf. Diese Instrumente haben Sie in der Vergangenheit genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen. Vor dem Hintergrund ersucht Sie der GR, sich auch hinter das neue Leitbild stellen. Es scheint uns wichtig, dass gegenüber der Horwer Bevölkerung beide Gremien - also der ER und der GR - mit der gleichen Sprache sprechen. Um für die Zukunft solche Diskussionen zum Vorneherein zu vermeiden, ist im Entwurf zur neuen GO übrigens die Sachlage klar mit folgendem Artikel geregelt: " Der ER nimmt folgende Planungsinstrumente zur Kenntnis: a) Das Leitbild.

Man habe die Antwort vom Gemeindepräsidenten gehört. Es wird Diskussion verlangt. Dagegen wird keine Opposition erhoben.

Alwin Larcher (SVP)

Vorab besten Dank für die ausführliche Beantwortung. Grundsätzlich wolle er wissen, wie der Gemeinderat diese Ergebnisse und die Konferenz von sich aus bewerte, dies sei für ihn wichtig gewesen. So gesehen sei er befriedigt, möchte trotzdem noch ein, zwei Anmerkungen machen. 1. Dass die Interpellation am 1. September eingegangen sei, habe überhaupt nichts mit dem Amtsantritt von Herrn Hool zu tun. 2. Wieso sei diese nicht bereits vor der Zukunftskonferenz gekommen? Dies habe vielleicht damit zu tun, dass nie kommuniziert worden sei, dass das Leitbild anschliessend nicht im Einwohnerrat diskutiert werde. Man konnte tatsächlich davon ausgehen, dass dies der Fall sein werde, wie es beispielsweise bei einem räumlichen Leitbild gemacht worden sei. Deshalb denke er, könne der Gemeinderat nicht davon ausgehen, dass sich der Einwohnerrat hinter dieses Leitbild stelle, ohne dass er darüber debattiert habe. Der Mehraufwand das Leitbild im Rate zu diskutieren, wäre seines Erachtens, relativ klein gewesen. Er frage sich nach wie vor, weshalb der Gemeinderat neue basis-demokratische Mittel einführe, um den Einwohnerrat ein wenig zu umgehen oder auszuschliessen. Man könne grundsätzlich feststellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ausreichend informiert worden seien, da sei er gleicher Meinung. Aber er glaube, die Tatsache alleine, dass jeder Bürger theoretisch die Möglichkeit habe an einer solchen Konferenz teilzunehmen, sage noch nichts darüber aus, dass die Konferenz auch wirklich repräsentativ zusammengesetzt gewesen sei. Die Teilnahme an einer solchen Konferenz bedinge ein relativ hohes zeitliches Engagement und die bedinge eine Persönlichkeitsstruktur, die gerne an solchen Foren teilnehme, welche sich gerne etwas exponieren, solche die gerne aufstehen und ihre Meinung öffentlich kundtun. Es gebe wahrscheinlich viele Bürgerinnen und Bürger, welche dies nicht so gerne machen, deshalb habe man auch Mühe, in der Politik Leute zu finden, weil diese gerne an der Urne ihr Votum abgeben. Das Problem einer solchen Konferenz sei auch, dass diese sehr gut für eine Meinungsbildung sei im Sinne einer gemeinderätlichen Kommission, aber diese decke natürlich nie einen Gesamtzusammenhang ab. Man könne an einer Zukunftskonferenz durchaus zur Feststellung kommen, dass eine Mehrheit der Leute sage, man baue das Lei-

Thomas Zemp (CVP)

stungsangebot in der Gemeinde Horw massiv aus, aber senke gleichzeitig die Steuern. Deshalb denke er, dass man sich überlegen müsse, wann man solche Mittel einsetzen wolle, wie man anschliessend die Legislative, welche seiner Meinung nach repräsentativ zusammengesetzt sei, in diesen Prozess miteinbeziehen könne. Denn sonst habe man das Problem, dass man in eine Richtung plane, wie im Rüteli, und irgend einmal komme man in den Rat und müsse einen Kredit haben und es heisse dann nein. Dann seien alle enttäuscht, welche mitgemacht und sich engagiert und viel Geld aufgewendet haben und eigentlich nie eine Kritik gekommen sei. Wenn jedoch der Kredit gesprochen werden solle, heisse es nein und niemand verstehe das. Deshalb müsse man sich überlegen, wie man dieses Mittel letztlich einsetze und wann man darauf verweise. Er empfehle, den Einwohnerrat entsprechend einzubinden, wie man dies jetzt in der neuen Gemeindeordnung vorsehe.

Er möchte vorausschicken, dass er die Zukunftskonferenz und auch die Art und Weise wie das Leitbild erarbeitet wurde, grundsätzlich begrüsse. Er finde das Leitbild in Ordnung. Er finde einen breiten Meinungsbildungsprozess eine gute Geschichte. Man habe sich tatsächlich als Partei oder als Einzelbürgerin oder -bürger dazu äussern können. Er stelle einfach eine Frage zur Gewichtung des Instrumentes selber. Und zwar müsse er sagen, dass eine solche Zukunftskonferenz immerhin 200 engagierte Leute zu mobilisieren vermochte, aber dass es natürlich nicht allen Bürgerinnen und Bürgern möglich sei, an einer solchen Konferenz teilzunehmen. Es sei konzentriert auf zwei Abende. Ihm sei es selber so gegangen. Er habe berufliche und familiäre Engagements gehabt, er habe schlichtweg nicht an dieser Konferenz teilnehmen können. Dies sei beispielsweise auch der Grund, weshalb man in den Urkantonen die Landsgemeinden abgeschafft habe, abgesehen von den organisatorischen Schwierigkeiten. Dort seien natürlich auch grundsätzliche demokratische Vorbehalte gekommen, weil sich wesentliche Entscheide an einem Tag abgespielt haben und man hätte präsent sein sollen. Und dies sei in gewissen Kreisen der Bevölkerung unmöglich, nämlich für jene, die zu dieser Zeit arbeiten oder diejenigen, die in dieser Zeit in irgendeiner Art und Weise verhindert seien. Es gebe relativ viele Gründe der höheren Gewalt, dass gewisse nicht an demokratischen Meinungsbildungsprozessen teilnehmen können. Dafür habe man selbstverständlich andere Vernehmlassungen. Die Frage sei aber, wie man die einzelnen Instrumente gewichte. Er halte einen solchen Abend, im Verhältnis zu anderen eingegangenen Stellungnahmen, als ein Übergewicht. Man habe effektiv das Gefühl, dass dies die Meinung der Bevölkerung sei. Insofern habe er hier gewisse staatsrechtliche Bedenken, wenn man das Leitbild zu hoch gewichten würde. Ihm scheine, dass dies auch der Fall gewesen sei. Wie gesagt finde er das Leitbild grundsätzlich ein gutes Instrument, aber er habe seine Bedenken bezüglich dem Gewicht, das es erhalten habe. Ein Wort zum Planungsbericht. Er sei überhaupt nicht der Meinung des Gemeinderates, dass diesem Ziel die Zustimmung des Einwohnerrates vorliege, wenn dieser sich nicht zu gewissen Themen, welche publik gemacht werden, äussere. Es gäbe ungezählte Themen die der Gemeinderat publik mache und man anschliessend die stillschweigende Zustimmung des Einwohnerrates herauslese. Es sei auch so in der Gemeindeordnung und im Geschäftsreglement geregelt. Wenn man in der Gemeindeordnung lese, habe man geregelt, dass der Einwohnerrat zu Planungsberichten Stellung nehmen solle. Er gehe davon aus, dass man aktiv dazu Stellung nehme und nicht schweigend zustimme. Selbst wenn man dies so auslegen würde, habe man zumindest in der Geschäftsordnung enthalten, dass der Einwohnerrat von Planungsberichten zustimmend, ablehnend oder ohne Stellungnahme Kenntnis nehme und wenn er Kenntnis nehmen müsse, könne man dies nicht einfach stillschweigend machen, sondern man nehme effektiv Kenntnis und beschliesse dies. Insofern sei die passive Zustimmung nicht Realität. Auch das Argument, dass keine wesentlichen Änderungen am bisherigen Leitbild stattgefunden haben, könne natürlich nicht legitimieren, dass man die demokratischen Mittel einschränke und sage, dass eigentlich nicht viel geändert wurde. Bei jeder anderen Vorlage oder Reglementen sei es auch nicht so, dass man sage, wenn man nicht viel ändere, könne man die einen oder anderen ausschalten. Das sei das Wesen der Demo-

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

kratie, dass man ab und zu parlamentarische oder auch gemeinderätliche Leerläufe produziere. Man müsse deshalb die Mittel berücksichtigen, welche einem der Gesetzgeber in die Hand gegeben habe. Er sei erfreut gewesen, und dies sei ihm beim Studium der neuen Gemeindeordnung nicht aufgefallen, dass dies so explizit enthalten sei. Er denke wirklich, dass es dann klar sei und man nicht mehr darüber diskutieren müsse, was für ein Gewicht eine solche Konferenz oder ein Vernehmlassungsverfahren habe.

Die Problematik an der ganzen Geschichte sei, dass erst im Nachhinein von Seiten Gemeinderat kommuniziert worden sei, wie hoch der Stellenwert dieser Volksbefragung sei. Hätte man dies, hätte man die Prioritäten anders setzen können. Doch wenn man Engagements und das Gefühl habe, dass das Leitbild dem Einwohnerrat vorgelegt werde, habe er sich diese Zeit nicht genommen. Es komme so vor, als ob man dieses Leitbild am Einwohnerrat vorbei steuern wollte. Diese Volksbefragung hatte mehr Priorität, als man im Nachhinein kommuniziert habe. Dies sei natürlich störend.

Roger Jenni (FDP)

Die 200 Leute die anwesend waren, seien überhaupt nicht repräsentativ. Es sei in keiner Art und Weise eine Mehrheit der Bevölkerung anwesend gewesen. Er bitte die zuständige Behörde das Leitbild nicht immer zu zitieren. Es seien vielleicht 150 Leute gewesen, die diese Aufgabe engagiert angegangen seien. Aber bei 200 Leuten könne man nicht "die ganze Gemeinde" sagen, dass dies jetzt das Leitbild sei, denn es müsse einen Volksentscheid oder Einwohnerratsbeschluss vorliegen.

Josef Meier (SVP)

Es freue sie, dass die Kritik nicht an der Zukunftskonferenz selber geübt werde, sondern einfach am Vorgehen wie das Leitbild ein solches Gewicht erhalten habe und dem Einwohnerrat nicht vorgelegt wurde. Sie möchte dazu sagen, dass man nicht nur daran denken dürfe, dass das Ganze vielleicht politische Dimensionen habe, sondern es gebe auch die Dimension, die einen Prozess in Gang rufen. Wenn Leute, die sich bis jetzt nicht so aktiv für die Gemeinde engagiert haben, plötzlich etwas machen und sich für Themen beginnen zu interessieren, die sie vorher nicht interessiert haben. Somit steige die Identifikation mit der Gemeinde. Sie sei in der Steuerungsgruppe gewesen und habe den klaren Auftrag erhalten, bestimmte Personengruppen zu holen, und zwar auch solche mit einer etwas anderen Persönlichkeitsstruktur als jene, die im Einwohnerrat sitzen. Es seien gezielt Leute angefragt worden, die sich sonst nicht getrauen, sich in der Öffentlichkeit zu äussern. Die Art wie diese Konferenz stattgefunden habe, habe es möglich gemacht, dass man nicht nur auf einer politischen Ebene diskutieren konnte. Dem möchte sie mehr Gewicht geben.

Esther Jost (L2O)

Er als Einwohnerratspräsident erlaube sich, zu diesem Thema ebenfalls etwas zu sagen, obwohl es vielleicht nicht üblich sei. Es sei Aufgabe des Einwohnerratspräsidenten, die Funktion und den Einfluss des Einwohnerrates zu wahren und zu stärken. Er sei sehr erstaunt gewesen, als er die Einladung zu dieser sogenannten Zukunftskonferenz erhalten habe. Er möchte den Gemeindepräsidenten nicht speziell ansprechen. Er sei sicherlich nicht an der Quelle dieser Manipulation gewesen. Er habe sich gefragt, was das Ganze soll. Man habe in der Demokratie ganz klare Schichten. Man habe das Volk, leider sei es nicht auf der Tribüne, dann kämen die Leute von der Legislative, die vom Volk gewählt wurden, und der Gemeinderat, die Exekutive, die ganz klar nach den Weisungen des Einwohnerrates zu arbeiten habe. Der Gemeinderat werde auch vom Volk gewählt, sei aber dem Einwohnerrat ganz klar unterstellt. Er habe sich gefragt, wie der Gemeinderat überhaupt auf eine solche Idee komme. Er sei dann zur Überzeugung gekommen, dass der Gemeinderat keine Ideen habe. Er müsste eigentlich Ideen und Anstösse bringen und dann müsste man diese in die Legislative einfliessen lassen. Die Legislative könnte dann, wie das schon immer gewesen sei, über das was der Gemeinderat dem Einwohnerrat in der Materie vorlege, befinden. Es seien 200 Leute zusammengekommen. Meine Damen und Herren, man habe auch gehört, aus welcher Ecke die Idee gekommen sei. Das sei nichts anderes als eine Vollversammlung. Hier in der Schweiz habe man das Instrument der Vollversammlung jedoch nicht. Man habe es

Alwin Larcher (SVP)

auch in der Gemeinde Horw nicht. Eine Vollversammlung sei eine Zusammenkunft von zufällig, vielleicht eingeladenen oder zugelaufenen Leuten, die irgend eine Meinung abgeben. Für die Legislative könne dies jedoch nicht massgebend sein. Er finde es eine Usurpation von all jenen, die in ihrem Bericht oder Votum das Wort der Zukunftskonferenz einfließen lassen. Das man überhaupt dieses Resultat, als massgeblich für den Einwohnerrat bezeichne, dagegen werde man sich wehren. Die ersten Folgen dieses Bewusstseins, dass man in ihnen geweckt habe, nämlich was sie als Legislative für eine Funktion haben, werde man in der neuen Gemeindeordnung sehen. Auf jeden Fall sei klar, der Gemeinderat könne nicht von sich aus eine weitere Kammer, eine weitere Stufe von unserer Demokratie kreieren und dann diese als massgebliches Instrument anschauen. In diesem Sinne sei er froh gewesen, dass Herr Zemp diese Interpellation gestartet habe und es sei seine Aufgabe, die Wirkung und Funktion vom Einwohnerrat zu wahren. Dadurch was der Gemeinderat gemacht habe, habe er ganz bewusst den Gang der politischen Dinge am Einwohnerrat vorbeizirkeln lassen und das müsse er in diesem Sinne ganz klar machen und sich dagegen stellen.

In seinem gehaltenen Votum habe er den Gemeinderat angegriffen, dass dieser keine Vorschläge bringe. Wenn er an dieser Zukunftskonferenz gewesen wäre, dann hätte er mitbekommen, dass der Gemeinderat Thesen vorgestellt und aufgrund dieser Zukunftsbilder die Diskussion stattgefunden habe. Diesen Vorwurf an den Gemeinderat müsste er eigentlich wieder zurücknehmen.

Esther Jost (L20)

Sie sei auch an der Zukunftskonferenz gewesen und habe begeistert mitgedacht und mitdiskutiert. Sie glaube nicht, dass der Gemeinderat böse Absichten damit gehabt habe. Das vielleicht das Verfahren, wie es Herr Zemp gesagt habe, nicht üblich gewesen sei oder man es als Ratsmitglieder nicht so erwarten konnte, würde sie unterstützen. Aber sie glaube wirklich nicht, dass böse Absichten dahinter gewesen seien, weil es sei eine gut vorbereitete und geleitete Konferenz gewesen. Sie wehre sich für die anwesenden Leute, dass diese dahergelaufen, dazugelaufen, überlaufene seien oder was auch immer für Leute. Es seien Leute gewesen, die sich diese Zeit haben nehmen können und wollen. Sie finde es eine Unterstellung, die sie nicht so stehen lassen wolle, auch für diejenigen Leute die mitgearbeitet haben.

Astrid Sprenger-Kaufmann (CVP)

Er möchte zwei Sachen loswerden. Einerseits sei er der Meinung, dass der Ratspräsident eine persönliche Meinung abgegeben habe. Zweitens sei die Stellung dieser Zukunftskonferenz in der neuen Gemeindeordnung klar geregelt. Dieses Instrument könne als Ideenlieferant benötigt werden. Er möchte diesem nichts Negatives angewichten. Er finde, jegliche Ideen seien einzubringen und entsprechen dem demokratischen System. Er bitte, wenn man noch weitere Fragen zu diesem Thema habe, sich in der neuen Gemeindeordnung, wo dies bereits gut erfasst wurde, noch etwas mehr informieren.

Jörg Stalder (L20)

Sie müsse Herrn Larcher in einem Punkt recht geben. Die Einladung für die Zukunftskonferenz sei zugestellt worden, selbstverständlich habe auch sie diese erhalten. Sie habe sich überlegt, ob sie diese Zeit aufbringen wolle, denn ihre Freizeit sei relativ beschränkt. Sie habe beschlossen nicht daran teilzunehmen, denn man werde dies im Einwohnerrat noch besprechen und man könne dann als Politiker noch Einfluss nehmen. Es sei also überflüssig, wenn sie ihre Zeit an einer Zukunftskonferenz verschwende, weil man das Thema so oder so noch im Einwohnerrat anschauen werde. Sie sei ganz klar davon ausgegangen, dass das Leitbild in den Einwohnerrat kommen werde. Sie sei schon relativ lange im Rat dabei. Sie wisse nicht ob es Absicht oder Unvermögen sei, dass die politische Kultur in den letzten Jahren in der Gemeinde sehr stark gewechselt habe. Für sie sei es einmal mehr ein Mosaikstein der zeige, wo das Parlament für den Gemeinderat stehe. Früher sei das Parlament etwas gewesen. Der Gemeinderat habe mit dem Parlament zusammengearbeitet. Man sei im Rat ernst genommen worden, mindestens habe man gezeigt, dass sie ernst genommen werden. Früher sei man geschätzt worden, es sei eine Wertschätzung entgegen gekommen,

Silvia Simoes-Bolliger (CVP)

dies vermisse sie heute teilweise. Es stelle sich die Frage, ob die politische Kultur einfach mit der Zusammensetzung des heutigen Gemeinderates, weil zu wenig Erfahrung vorhanden sei, gewechselt habe. Sie sei ganz klar der Meinung, dass sie vom Volk gewählt seien, man repräsentiere und vertrete im Rate den Spiegel der Bevölkerung in der Zusammensetzung. Dies sei ganz klar. Sie glaube, der Einwohnerrat habe eine Gewichtung und sei gleichzeitig eine Basis-Demokratie und wenn man vermehrt mit relativ teuren Konferenzen arbeite, umgehe man mehr und mehr den Einwohnerrat und schliesse diesen aus. Sie möchte aufmerksam machen, dass es eine politische Kultur gebe, die bis jetzt geherrscht habe und sie wünsche sich als Einwohnerrätin, dass man langsam wieder dahin zurückkommen würde. Der Einwohnerrat wieder etwas mehr, auch von Seiten des Gemeinderates nicht nur als Feindbild gesehen werde, der immer wieder Reklamationen, Kritik anbringe etc. Man arbeite konstruktiv mit, setze sich für die Gemeinde ein und mache dies in der Freizeit gegen ein kleines Entgelt.

Er möchte von Seiten des Gemeinderates noch ein kurzes Votum abgeben. Bezüglich dem Votum von Herrn Larcher möchte er eigentlich nichts sagen, einfach, dass er die Unterstellungen in aller Form zurückweise. Ansonsten möchte er jenes aufnehmen, welches Frau Simoes gesagt habe. Man möchte konstruktiv sein, den Weg probieren zu gehen, denn er denke auch, dass Handlungsbedarf bestehe. Man habe sich nun ausgesprochen und er denke, dass jetzt der Moment da sei, dass man probiere auf eine andere Plattform zu wechseln. Es möge sein, dass in der Vergangenheit einige Fehler begangen worden seien. Man habe darüber diskutiert und es sei vielleicht irgendwo der Bypass von Seiten des Gemeinderates vorhanden gewesen, auf der anderen Seite wären auch die Einwohnerräte gefordert gewesen, an der Ergebniskonferenz teilzunehmen. Er sage nicht, dass alle hätten präsent sein müssen, er glaube man habe es gut kommuniziert, dass ein Leitbild über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren, dass dies eine entsprechende Bedeutung habe. Es könne nicht irgend etwas sein, dass man später wieder zur Seite stelle. Man solle den gemeinsamen Weg konstruktiv angehen. Man soll versuchen, dass Geschehene etwas in den Hintergrund zu stellen. Man habe momentan ein Leitbild und wenn man probiere, dieses etwas emotionslos anzuschauen dann denke er, dass man nicht Sachen finde, zu denen man überhaupt nicht stehen könne. Er denke, all jenes, welches in den letzten Jahren erarbeitet worden sei, dies sei auch zusammen mit dem Einwohnerrat erarbeitet worden. Er glaube, man sollte sich nun gegenseitig aufbauen und dann könne man wirklich konstruktiv weiterfahren.

Markus Hool (FDP)

Er fände es falsch, wenn man von einer neuen, motivierten und anderen Zusammenarbeit reden und appellieren wolle und im gleichen Atemzug das eigene Vorgehen mit Nachdruck nochmals rechtfertige. Das wäre, glaube er, nicht unbedingt der Anfang, welchen man sich hier im Rate vorstelle.

Roger Jenni (FDP)

Er möchte Frau Simoes in ihrem Votum unterstützen und er begrüsse es sehr, wenn der Gemeindepräsident sage, man sollte die Zusammenarbeit auf eine konstruktive Basis setzen. Doch er frage sich, man diskutiere dies schon länger und dies sei auch dem Gemeindepräsidenten bekannt, wann die Taten folgen? Er erinnere an die vorgängige Fragestunde, seine Frage betreffend dem Grundstückverkauf. Herr Jenni habe es gesagt, was seine Erwartungen seien. Er müsse sie daran erinnern, dass die GPK im März einen Brief geschrieben haben, in welchem genau verlangt werde, dass dieser Liegenschaftspreis professionell ermittelt und öffentlich ausgeschrieben werden müsse. Damals habe man gesagt: "Jawohl, sie werden zu gegebener Zeit Antwort erhalten". Die Antwort würde jetzt so lauten: "Es ist über die Bühne gegangen." Da frage er sich schon, wann man endlich den Einwohnerrat und seine Kommissionen ernst nehme. Der Gemeinderat werde nächste Woche wahrscheinlich wieder ein Schreiben im Hause haben, worauf er Stellung nehmen müsse, warum man dies gemacht habe und den Einwohnerrat nicht informiert habe. Es sei einfach die Frage, wann endlich Taten folgen.

Thomas Zemp (CVP)

Er stelle den Antrag, dieses Leitbild abzuschaffen. Es sei wirklich nicht repräsentativ. Es

Josef Meier (SVP)

seien 200 Leute gewesen, es sei wirklich nicht die Mehrheit der Bevölkerung die man befragen müsste. Es werde sehr hoch gewichtet und man müsste dies klären. In der nächsten Zeit habe man dauernd das Leitbild der Zukunftskonferenz und wisse nicht was man damit soll. Der Gemeinderat sei auf der Linie, dass man gesagt habe, man nehme dieses als Grundlage an. Er finde dies nicht gut.

Er sei geneigt nicht als Politiker etwas zu sagen, sondern als Bürger. Wenn er sich sagen müsse, dass er an diese Zukunftskonferenz gehe, philosophiere und visioniere und und und, und man ihm anschliessend einen Maulkorb umbinden möchte, dann sei das Medium dieser Zukunftskonferenz als Mitwirkungsmöglichkeit für ihn als Teil der Bevölkerung natürlich absolut missverstanden. Über die Gewichtung habe man lange diskutiert, sei es richtig, sei es politisch sauber und und und, dies sei etwas anderes. Er möchte den Aspekt der Bevölkerung noch einbringen, wenn man schon die Chance biete ein neues, gut vorbereitetes und höchst interessantes Medium biete. Er gebe zu, zwischendurch auch absolut abgehoben, man habe philosophiert und Visionen entwickelt, absolut realitätsfremd, aber es habe gut getan sich zu äussern und etwas zu seinem Lebensraum sagen zu können. Wenn er jetzt im Parlament den Antrag höre, abschaffen, dann käme es wahrscheinlich nächstens einmal mit einem Vorstoss der sage, unbedingt beibehalten. Denn man habe heute schon über das dösende Parlament diskutiert und in der Zeitung gelesen. Wenn man der Bevölkerung die Chance biete sich wirklich aktiv einzubringen, dann denke er, sei dies etwas zukunftsweisendes. Wie man die Ergebnisse wertet sei für ihn eine andere Geschichte. Er denke, die Sicht der Bevölkerung sei jetzt in dieser Diskussion etwas untergegangen, nämlich, dass man aktiv mitreden und mitgestalten könne. Dies sei etwas wertvolles.

Heiri Niederberger
(CVP)

Er sei auch an der Zukunftskonferenz gewesen. Er sei mit Vorbehalt dorthin gegangen. Er sei aber auch dorthin gegangen, um zu sehen, wie es ablaufe und es sei gut gewesen. Er finde es eine gute Sache. Was er anschliessend nicht gut gefunden habe, was er auch erwartet hätte, dass das Leitbild anschliessend in den Einwohnerrat komme. Man habe eine gute Sache mit einem guten Start begonnen. Man habe das Volk als Basis befragt, aber man müsse aufpassen, dass man das politische System, welches man mit einem Einwohnerrat und einem Gemeinderat habe, nicht umgehe. Man habe keine Gemeindeversammlung mehr. Wenn man die Zukunftskonferenz so hoch gewichte, dies Schule mache und auch in Zukunft so wäre, dann würde dies einer Gemeindeversammlung nahe kommen. Dann könne sich eine Gruppierung sagen, bei diesem Anlass gehe es um jenes Thema, jetzt müsse man lobbieren, damit man seine Leute dorthin bringe. Genauso sei es ihm an der Zukunftskonferenz auch vorgekommen. Es hatte sehr viele Leute aus einer Ecke, welche lobbieren haben und die anderen Parteien hätten dies vielleicht verpasst. Weil man angenommen habe, dass dieses Thema irgendeinmal in den Einwohnerrat komme und man dies behandle. Diese Grösse und diese Achtung vor dem Einwohnerrat habe er etwas vermisst. Er bitte den Gemeinderat mit Nachdruck, etwas daraus zu lernen und dies in Zukunft so zu machen, dass der Einwohnerrat auch etwas zu sagen habe. Er denke, diese Achtung hätten sie verdient.

Heinz Sigrist (FDP)

Es gebe keine weiteren Wortmeldungen. Die Einwohnerratssitzung vom Februar falle aus. Die nächste Sitzung finde am 8. März mit einem ordentlichen Stau an Geschäften statt.

Alwin Larcher (SVP)

Alwin Larcher
Einwohnerratspräsident

Josef Meier
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Sandra Waltert
Protokollführerin